Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.] Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“. [Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 184. Freitag den 9. August 1901. 8. Jahrgang.

Sonntag: Gewerkschafts-Ausflug!

Die Unfugsjurisprudenz.

Mancherlei schwere Verfehlungen sowohl gegen das öffentliche Rechtsbewußtsein, wie gegen das offenkundige Recht, hat sich, besonders auf dem Gebiete des politischen Prozesses, die von den Anschauungen und Tendenzen herrschender Machtfaktoren abhängige oder beeinflußte Justiz in Deutschland zu Schulden kommen lassen. Eine der schwersten dieser Verfehlungen, die allerdings einer grotesken Komik nicht entbehrt, ist die willkürliche Anwendung der Strafbestimmung vom „groben Unfug“ auf Handlungen, die an sich durchaus erlaubt, ja, in Wahrung berechtigter Interessen geradezu geboten sind. Der Gesetzgeber hat diese Bestimmung, wie ihre aus den Parlaments-Akten genau festgestellte Entstehungsgeschichte beweist, lediglich und durchaus in dem Sinne erlassen, daß muthwillige, die Ruhe störende oder Aergerniß gebende Streiche, sogenannte Dumme-Jungen-Streiche, als grober Unfug zu ahnden sind. Die kriminalistische Intelligenz aber hat aus dem Groben-Unfug-Paragraphen eine Art Generalgesetz gemacht, das dazu dienen muß, willkürlich neue Delikte zu konstruiren, angewendet zu werden gegen Alles, was den maßgebenden Faktoren wider den Strich geht. „Was man nicht anders strafen kann, sieht man als groben Unfug an.“ Der Staatsanwalt, der Richter, der diese ungeheuerliche Praxis übt, wird zum Zensor; er maßt sich förmlich die Befugniß eines Gesetzgebers an, indem er dekretirt: „Das und Das steht zwar nicht in dem Gesetzte, das wir hier anwenden wollen; aber wir legen es in das Gesetz hinein.“

Was die Justiz mit dem Groben-Unfug-Paragraphen schon Alles geleistet hat, grenzt an das Unglaubliche. Nur einige der „hervorragendsten“ dieser Leistungen wollen wir hier anführen, die hauptsächlich gegen die Sozialdemokratie resp. die Arbeiterbewegung und gegen die Freiheit der Presse gerichtet sind.

Des „groben Unfugs“ macht sich schuldig, wer: Sonntags in schlechter Kleidung über die Straße geht; rothe Blumen und Bänder oder sonstige „Zeichen republikanischer Gesinnung“ trägt; rothe Fahnen entfaltet; die Bilder oder Büsten sozialdemokratischer Führer öffentlich ausstellt; an Revolutionsgedenktagen illuminirt; „aufrührerische“ Lieder singt; sogenannte „patriotische“ Reden in öffentlicher Versammlung durch Zwischenrufe stört; „ordnungsparteiliche“ Stimmzettel vor dem Wahllokale zerreißt und wegwirft; ein Hoch auf die Sozialdemokratie ausbringt; auffordert, von patriotischen Festlichkeiten fernzubleiben.

„Grober Unfug“ ist's, wenn man warnt vor Zuzug nach Streikorten, einen Streik in Aussicht stellt, oder einen solchen ankündigt. Auch das Streikpostenstehen ist „grober Unfug“, und zwar ein sehr großer. Und nicht minder die Vertheilung sozialdemokratischer Flugblätter am Sonntage, weil dadurch „der Sonntagsfriede durch das Parteigezänk gestört wird.“ Nach sächsischer Rechtsprechung wird bei Verbreitung sozialdemokratischer Flugblätter nur dann der grobe Unfug vermieden, wenn der Verbreiter sich erst vergewissert, ob Jemand, dem er ein Flugblatt geben will, auch Sozialdemokrat ist und ein Flugblatt haben will. Logischer Weise ist auch der Versuch solcher Vergewisserung als „grober Unfug“ zu erachten. Die Veröffentlichung von Boykottlisten — grober Unfug!“ Ebenso die Aufforderung, den Boykott durchzuführen.

Eine sozialdemokratische Zeitung theilt mit, daß vier Leute ertrunken sind. „Grober Unfug“, denn — es sind nur drei ertrunken! Ein anderes Blatt nennt die unzulänglich unterstützten Militär-Invaliden die „Proletarier im Heere.“ Grober Unfug, der mit 30 Tagen Haft geahndet werden muß. Es ereignen sich schlimme Soldatenschindereien; die Presse theilt sie unter Ausdrücken berechtigter Entrüstung mit. „Grober Unfug!“ Ein Redakteur „schmäht“ das Andenken des Fürsten Bismarck, indem er über ihn die Wahrheit schreibt — grober Unfug“, zu büßen mit sechs Wochen Haft.

Ein Katholik äußert, Luther habe drei Meineide geschworen und Selbstmord verübt — drei Wochen Haft wegen „groben Unfugs“. Zetergeschrei der Klerikalen. Dann läßt ein protestantischer Geschichtsprofessor in öffentlichen Blättern Aufsätze über die Sittenlosigkeit des Papstthums erscheinen. Auch darin erblickt ein überscharfsinniger Staatsanwalt das Delikt des „groben Unfugs“. Entrüstung der Protestanten.

Die Reproduktion eines unsittlichen Wohnungsinserats lediglich zu dem Zwecke, um daran eine sittliche Kritik zu üben, „grober Unfug“, wie der „Vorwärts“ erfahren hat. Die Bezeichnung der Zuchthausgesetz-Vorlage als Schandgesetz — „grober Unfug“. Und die Kritik eines gerichtlichen Urtheils auch „grober Unfug“!

Ein Bürger, der sich einem Schuldirektor gegenüber über schlechte Behandlung der Kinder in erregtem Tone beschwert, wird wegen „groben Unfug“ bestraft.

Glücklich sind wir soweit gekommen, daß man nicht mehr weiß, wo die Kriterien des groben Unfugs anfangen und wo sie aufhören. Damit ist dem Strafrichter die absolute willkürliche Machtvollkommenheit eingeräumt, alles in der Welt denkbare Thun und Lassen, das ein steuerloser Juristenkopf als arges „Unrecht“ empfindet, mit Haftstrafe bis zu sechs Wochen zu ahnden. Diese Art der Rechtsprechung kann alle Politik für groben Unfug erklären; ihre Deduktionen können schließlich auf jede Art öffentlicher politischer Bethätigung angewandt werden. Das bloße öffentliche Bekenntniß eines Menschen, daß er zur Sozialdemokratie gehört; die Einberufung und Abhaltung sozialdemokratischer Versammlungen; die Herstellung und Herausgabe sozialdemokratischer Literatur; die Aufstellung sozialdemokratischer Reichstagskandidaten; die Agitation gegen reaktionäre Gesetze ꝛc. ꝛc. als „grober Unfug“ behandelt zu sehen, braucht man sich gar nicht zu wundern. Mit dem Kobold § 360 Nr. 11 des Strafgesetzbuches kann die Justiz alle politischen Rechte und Freiheiten, die Preßfreiheit, das Koalitionsrecht, das Vereins- und Versammlungsrecht ꝛc. illusorisch machen.

Alle vernünftigen Juristen haben diesen, der Rechtssicherheit im Rechtsstaat Hohn sprechenden Zustand als einen unerträglichen längst empfunden. Das Reichsgericht hat des Oefteren diesen das Recht vergewaltigenden Wahnsinn energisch verurtheilt. Der frühere Reichsgerichtsrath Mittelstädt bezeichnete vor einigen Jahren das Bemühen, mit Hülfe des § 360 Nr. 11 die Sozialdemokratie in die Enge treiben zu können, als permanente Aufreizung des Rechtsgefühls. Und sarkastisch fügte er hinzu:

„Um der lieben Rechtssicherheit willen müßte man wenigstens wünschen, daß jeder Amtsrichter, nach dem Vorbilde der römischen Prätoren, regelmäßig, etwa am Beginn jeden Jahres, durch Edikt im Voraus bekannt machte, was er als derartig „groben Unfug“ in seinem Amtssprengel auf Grund des § 360 Nr. 11 des St.-G.-B. strafen wolle

„Jedermann muß sich schließlich sagen, daß, was heute der Sozialdemokratie geschieht, morgen jeder anderen politischen, wirthschaftlichen oder kirchlichen Parteibildung widerfahren kann. Im Uebrigen könnte man von dieser gesammten Unfugsjurisprudenz sagen — nicht, daß sie mit Kanonenkugeln gegen Spatzen schießt, sondern — daß sie mit kümmerlichen, von einer schwächlichen Juristenlogik zusammengedrehten Papierkügelchen elementare Volksbewegungen zu erschüttern sich bemüht.“

Der preußische Justizminister hat vor drei Jahren in einem Rundschreiben die Staatsanwälte und Richter kategorisch angewiesen, fürderhin den § 360 Nr. 11 nicht mehr in einer der Absicht des Gesetzgebers widersprechenden Weise zu verallgemeinern; es gehe nicht an, als groben Unfug alle nach der persönlichen Empfindung strafwürdigen Handlungen zu ahnden, die sich unter eine andere Strafbestimmung nicht bringen lassen; zum groben Unfug, im Sinne des Gesetzes, gehöre unabweislich eine Handlung oder Unterlassung, die den äußeren Bestand der öffentlichen Ordnung störe oder gefährde. Der Reichstag hat des Oefteren über den Unfugsjurisprudenz-Wahnsinn scharf zu Gericht gesessen. Aber das Alles hat nichts genützt! Dieser Wahnsinn wird weiter kultivirt. Fast tagtäglich ist darüber in der Presse zu berichten. Es mehrt sich die Zahl der Staatsanwälte und Richter, welche den Groben-Unfug-Paragraphen als ein subsidiäres Blankettstrafgesetz erachten, unter welches die Judikatur alles Das bringen kann, was rechtlich, gesetzlich unfaßbar ist.

So ist es denn wahrlich die allerhöchste Zeit, daß der Reichstag mit rücksichtsloser Entschiedenheit sich bemüht, diesem für Deutschland gradezu schimpflichen Unwesen ein Ende zu machen. Es liegen ihm zwei diesbezügliche Anträge von sozialdemokratischer und von freisinniger Seite vor, die er nach seinem Wiederzusammentritt im Herbst d. J. zu erledigen haben wird. Sie gehen dahin, dem § 360 Nr. 11 eine genaue Begriffsbestimmung zu geben, welche seinen Mißbrauch durch die Justiz ausschließt. Wir sind überzeugt, daß diese Reform allen vernünftigen Staatsanwälten und Richtern hochwillkommen sein wird.

(„Hamb. Echo“.)

Politische Rundschau.

Deutschland.

Auch England stellt Repressalien in Aussicht, falls der deutsche Zolltarif Thatsache würde. Der Bremer „Weserzeitung“ schreibt man aus London:

In englischen Regierungskreisen werde schon jetzt mit Nachdruck erklärt, daß für den Fall ernster Benachtheiligung englischer Exportwaaren durch den neuen Zolltarif England zu den schärfsten Repressalien schreiten werde. Die deutschen Staatsmänner würden gebeten, sich von der Loyalität dieser Erklärung überzeugt zu halten, die im Hinblick auf die guten Beziehungen beider Länder und den Wunsch, ein wirthschaftliches Einvernehmen aufrecht zu erhalten, nicht früh genug abgegeben werden könne. Kein Mitglied des Kabinets denke an einen Akt zollpolitischer Herausforderung gegen Deutschland, aber keine englische Regierung könne dem Druck der öffentlichen Meinung widerstehen, wenn diese Grund erhielte, Vergeltungsmaßregeln für eine Verletzung britischer Handelsinteressen durch das Ausland zu fordern. Dessen müsse man sich gerade unter Freunden rechtzeitig klar werden.

Die Agrarierpresse ist fuchsteufelswild über solche Meldungen. Sie beschimpft die Blätter, die derartigen Mittheilungen Aufnahme gewähren, als im Dienste oder Solde des Auslandes stehend; der alte Kniff in neuer Auflage!

Das Wolffsche Telegraphenbureau, das doch offiziös bedient wird, hat es mit den zollhungrigen Brodwucherern nunmehr ganz verdorben, weil es fortwährend Stimmungsbilder über den Eindruck verbreitet, den der deutsche Zolltarif im Auslande hervorgerufen hat. Die „Berl. Neuest. Nachr.“, das Organ der Panzerplattenpatrioten, ist so wild geworden, daß es droht, derartige Telegramme — nicht mehr abzudrucken! Nun, um so mehr wird die handelsvertragsfreundliche Presse für weiteste Verbreitung solcher Nachrichten sorgen. Die Drohung des Kruppblattes ist also ein Schlag ins Wasser.

Das „Kulturideal“ der Agrarier ist, sie mögen dagegen sagen, was sie wollen, eine geradezu verbrecherische Auswucherung des Volkes. Von dem Allernöthigsten, das die ehrlich Arbeitenden, die Armen und Elenden, zur Fristung ihrer Existenz, um nicht Hungers zu sterben, an Lebensmitteln gebrauchen, müssen sie schon lange den Agrariern Tribut zahlen. Und dieser Tribut soll durch den neuen Tolltarif erhöht werden. Es kann nicht oft und eindringlich genug darauf hingewiesen werden, daß wenn in Folge der Zollerhöhungen das Getreide im Preise steigt, auch die Summe steigt, die der Arbeiter zur Fristung seines Lebens für Nahrungsmittel aufzuwenden hat, umsomehr als Brodnahrung bei dem Arbeiter einen viel größeren Theil der Gesammtnahrung ausmacht, als bei den „oberen“ Klassen der Bevölkerung. Nach Berechnung des Reichsversicherungsamts kommen im Durchschnitt auf einen Menschen 192 Kg. Brodgetreide jährlich. Rechnen wir bei einer Arbeiterfamilie nur 200 Kg. pro Kopf, so würde das bei einer Familie von fünf Köpfen 1000 Kg. pro Jahr ausmachen, d. h. bei dem jetzigen Zollsatz betrüge der Antheil des Haushaltungsbudgets eines Arbeiters am Zoll 35 Mk.; bei einer Erhöhung auf 6 Mk. resp. 6½ Mk. würde es demnach 60 Mk. resp. 65 Mk. betragen; d. h. bei einem Einkommen von 500 Mk., was ja im Durchschnitt durchaus nicht zu niedrig gegriffen ist, **7½ pCt. des Einkommens.** Dazu kommen noch weiter die Erhöhungen auf Fleisch und Schmalz, so daß die Schädigung des Arbeiters enorm ist. Da nun, so führt die Berliner „Volks-Ztg.“ zutreffend aus, selbstverständlich Oesterreich, Rußland und Amerika, die bisher die Hauptabnehmer unserer Industrieerzeugnisse waren, nicht ohne Gegenmaßregeln die Zollerhöhung ihrer landwirthschaftlichen Produkte hinnehmen werden, so werden diese Länder natürlich aufhören, Absatzgebiete für unsere Industrie zu sein, um so mehr, als England und Frankreich ihre Industrieerzeugnisse für einen um die Höhe des Getreidezolles niedrigeren Preis auf den Weltmarkt bringen können, d. h. wir hören auf, konkurrenzfähig zu sein. Welche Konsequenzen sich daraus ergeben, liegt klar auf der Hand. Die Fabriken, die in der Arbeitstheilung bis zum Aeußersten gegangen sind, müssen ihren Betrieb einschränken, wenn nicht einstellen, und Arbeiterentlassungen sind die Folge; da aber der größte Theil der Fabrikarbeiter nur einseitig ausgebildet ist, so wird es für sie schwer sein, zumal bei der der jetzigen rückgängigen Konjunktur, anderweitig Beschäftigung zu finden. Wenn von agrarischer Seite darauf hingewiesen wird, daß eine eventuelle Steigerung der Getreidepreise nur günstig wirken könne, indem sie dazu beiträgt, die Vermehrung der Bevölkerung zu verlangsamen, so ist dieser Einwand geradezu lächerlich.

Eine Verringerung der Volkszunahme, verursacht durch Erhöhung der Lebensmittelpreise, wird mit ihren Begleiterscheinungen, Hungersnot und Krankheiten, von jedem vernünftigen Volkswirthe als eine schwere wirthschaftliche Krisis, nicht aber als ein erwünschtes Ziel empfunden. Dezimirung des Volkes durch Aushungerung — ein schönes Kulturideal der Agrarier!

Um sich der drohenden Verhaftung zu entziehen, die er wegen Verhökerung des Zolltarifes zu gewärtigen hatte, ist, wie schon mitgetheilt, der Parlamentsjournalist Dr. Hamburger in Berlin ins Ausland geflohen. Die „Post" weiß hierzu noch folgendes zu berichten: „Die Flucht dürfte am Freitag erfolgt sein, nachdem Dr. Hamburger am Donnerstag Abend in seiner Wohnung vom Untersuchungsrichter vernommen worden war. Es scheint die Absicht bestanden zu haben, ein Strafverfahren wegen Beamtenbestechung und eventuell wegen Hehlerei (Ankauf gestohlenen Gutes) einzuleiten. Wie ernst die Behörden den Fall behandeln, geht aus dem Umstande hervor, daß der Untersuchungsrichter Dr. Hamburger, dem der Arzt das Verlassen des Bettes verboten hatte, in seiner Wohnung aufgesucht hat, um ihn dort zu vernehmen. Dr. Hamburger hat den Vorwurf der Beamtenbestechung und der unrechtmäßigen Erwerbung amtlicher Aktenstücke aufs entschiedenste bestritten."

Bei der Nachricht über die Sperrung der russischen Grenze für die sogenannten Preußengänger handelt es sich, wie auch der „Hamb. Korr." von wohlunterrichteter Seite aus Petersburg erfährt, keineswegs um einen Schreckschuß, sondern um eine lange und wohlvorbereitete Aktion. Das russische Ministerium des Auswärtigen hat jüngst unter dem Titel „Russische Arbeiter in Preußen", Auszüge aus den Berichten der russischen Konsuln in Deutschland, eine Denkschrift ausarbeiten lassen, deren Zweck es ist, ein Bild der wirthschaftlichen und rechtlichen Lage der sogenannten Preußengänger zu geben und die angebliche Erbärmlichkeit dieser Lage darzustellen, zugleich aber nachzuweisen, daß die fragliche Arbeitskraft für die Landwirthschaft des deutschen Ostens unentbehrlich sei. Diese Denkschrift ist dem Zaren vorgelegt und, wie es heißt, von ihm, der sich für die Lage dieser seiner Unterthanen lebhaft interessiren soll, mit allerlei drastischen Bemerkungen versehen worden, entsprechend den grau in grau gehaltenen Schilderungen der Konsuln von den schlechten Lohn-, Verpflegungs- und Unterkunftsverhältnissen der Leute, ihrer unsicheren Rechtslage und der harten Behandlung, die ihnen seitens der Arbeitgeber zu Theil werde. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß Rußland die Sperrung seiner Grenze für abwandernde Arbeiter als eines seiner ersten, nächstliegenden und zugleich wirksamsten Kampfmittel betrachtet und fest entschlossen ist, auf eine deutsche Roggenzollerhöhung den Trumpf der Leutenoth zu setzen.

Eine sechswöchentliche Landestrauer für die Kaiserin Friedrich hat Wilhelm II. für Preußen angeordnet: „Oeffentliche Musik, Lustbarkeiten und Schauspielvorstellungen sind bis zum Ablauf des Tages der Beisetzungsfeier einzustellen." Eine solche anbefohlene Trauer, die auch für viele Erwerbszweige eine wirthschaftliche Schädigung bedeutet, kann kaum als eine glücklich gewählte Maßregel betrachtet werden. Die „Freisinnige Zeitung" knüpft an ihre Veröffentlichung folgende interessante Darlegung: „Das Trauerreglement vom 7. Oktober 1797 ist nur in denjenigen Landestheilen publizirt worden, welche schon damals zum Königreich Preußen gehörten. Außerhalb dieser Landestheile besteht ein gesetzliches Recht, Trauerverordnungen zu erlassen, überhaupt nicht. Die Strafbestimmungen wegen Uebertretung der Trauerverordnungen, welche in dem Trauerreglement von 1797 enthalten waren, sind durch die Kabinetsorder vom 28. November 1845 außer Kraft gesetzt worden." — Es scheint danach, als ob der Kaiser in juristischen und staatsrechtlichen Fragen nicht sehr gut berathen würde.

Haben die Meineide in Deutschland abgenommen? Wenn Prozesse, wie der gegen Sternberg oder die in Konitz geführten verhandelt werden, wird die öffentliche Meinung in dem Glauben bestärkt, daß Deutschland die Erscheinung einer Zunahme der Meineide aufzuweisen habe. Ueberblickt man aber die einschlägige Statistik der letzten 18 Jahre, so stellt sich die Grundlosigkeit jenes Glaubens heraus. Denn seit dem Jahre 1882 sind die Verurtheilungen wegen Meineids und wegen anderer Verletzungen der Eidespflicht nicht nur relativ, im Verhältniß zur Bevölkerungsvermehrung, sondern auch beinahe absolut zurückgegangen. Es fanden nämlich in der Zeit von 1882 bis 1899, mit dem Jahre 1882 angefangen, Verurtheilungen wegen Meineides statt: 1011, 871, 923, 940, 827, 867, 797, 754, 759, 798, 771, 847, 773, 886, 783, 782, 783, 680. Verurtheilungen wegen anderer Verletzungen der Eidespflicht fanden in dem gleichen Zeitraume, ebenfalls mit dem Jahre 1882 angefangen, statt: 596, 533, 633, 655, 571, 648, 671, 757, 772, 818, 781, 824, 775, 861, 740, 668, 695, 636. — Aus den vorstehenden Zahlen der amtlichen Statistik geht klar hervor, daß die Klagen über die Zunahme der Meineidsdelikte in Deutschland unbegründet sind. Die Zahl der Meineide würde noch geringer sein, käme nicht so mancher Meineid auf gar sonderliche Weise zu Stande.

Eine weitere Ermäßigung der Bergarbeiterlöhne ist eingetreten. Im Revier Essen wird, der „Frankf. Ztg." zufolge, jetzt 4,41 Mk. anstatt 4,50 Mk. pro Schicht bezahlt. Von einer entsprechenden Preisermäßigung für Kohlen haben wir dagegen bisher noch nichts gehört.

Hunnisches von 1870. Die „Leipziger Volksztg." giebt, im Anschluß an die von uns bereits mitgetheilten Auszüge aus dem Kriegstagebuche des verstorbenen Unterstaatssekretärs Rindfleisch, noch nachstehende Notizen aus den Aufzeichnungen des bayerischen Offiziers Emmer wieder. Die Aufzeichnungen wurden seiner Zeit bei der Leiche des später gefallenen Offiziers gefunden und 1892 in der „Revue bleu" veröffentlicht. Durch sie wird die vielgerühmte „Humanität" der deutschen Kriegführung lehrreich illustrirt. Emmer schrieb unter dem 7. August:

„Heute morgen plündern die Leute; sie stehlen Hühner, Gänse und ein Schwein."

17. August: „Wir ziehen in Doubasle ein; jedermann ist schrecklich betrunken. Leutnant F. ist vom Wein besoffen, hatte Mühe, ihn aufs Zimmer zu bringen. Er verziert dasselbe mit duftenden Erinnerungen; sein Wirth wird morgen erstaunt sein."

23. August: „In Meligny le Petit. Armes Dorf! entsetzlich viel Flöhe! Schlechte Leute, welche unseren Fourier mit der Mistgabel empfingen. Um ihnen Lebensart beizubringen, graben wir Speck, Wein und sämmtliche verscharrten Vorräthe aus; wir lassen ihnen nichts. Wir gaben einem Bauern Stockhiebe unter dem Vorwand, daß ein Schuß auf unseren Hauptmann abgegeben worden sei, was übrigens ein Schwindel ist."

4. Oktober. „Lieutenant F. hat zwei schöne Pferde erhascht; er thut so, als hätte er sie geschenkt bekommen, und nimmt sich vor, dieselben zu verkaufen, und falls er etwa 500—600 Frank dafür erhalten kann, dieses Geld für sich zu behalten. Und dabei spielt er den Uneigennützigen, der nicht fähig wäre, auch nur das geringste einzustecken."

12. Oktober. „Gut geschlafen beim Pfarrer, trotz des höllischen Lärms auf den Straßen. Vormittags war ich damit beschäftigt, die Häuser zu durchsuchen. Ich fand ganz hübsche Sachen, darunter eine prächtige Pfeife und ein gutes Chassepot; ich packte es sorgfältig ein. Habe soeben für mich selbst requirirt 8 Flaschen Cognac, ferner Wein, Schokolade, Zucker und Kaffee weggenommen. Man sprengte zwei Häuser in die Luft. In einem derselben befanden sich zwei junge Mädchen."

„Wir haben uns aufgeführt wie Spitzbuben, aber an unserer Stelle würden die Franzosen noch ärger gehaust haben."

C'est la guerre! sagt der Franzose. Das ist der Krieg.

Von einem „diplomatischen Erfolge Englands in Deutschland" wußte bekanntlich die „Neue Bayerische Landeszeitung" zu berichten. Wie jetzt offiziös mitgetheilt wird, ist diese Meldung, daß die englische Regierung sich über den deutschen Generalkonsul beschwert habe, eine „völlig grundlose Erfindung". Ebenso phantastisch ist die Behauptung, daß die deutsche Regierung Herrn v. Lindequist einen sechsmonatigen Urlaub ertheilt habe, weil sie eine derartige Beschwerde als zutreffend anerkannte. „Daß der deutsche Generalkonsul seinerzeit gegenüber dem Vorgehen des Oberstleutnants Schermbrucker, der die Deutschen in der Kapkolonie aufforderte, dem Eindringen der Buren in diese Kolonie bewaffneten Widerstand zu leisten, an die Pflichten der Neutralität erinnerte, ist eine längst bekannte Thatsache, die jedoch niemals Anlaß zu einer Beschwerde der englischen Regierung geboten hat. Vielmehr hat sich der deutsche Generalkonsul damals durchaus innerhalb der Grenzen seiner Amtsbefugnisse gehalten."

Kleine politische Nachrichten. Der Ausschuß des Bundes der Landwirthe tritt am 16. August in Berlin zusammen, in erster Linie, um zum Zolltarifentwurf Stellung zu nehmen. — Die Handels- und Gewerbekammer in München sprach sich gegen die Aufstellung eines Minimaltarifs und gegen die vorgeschlagene übertriebene Erhöhung der Zölle auf Lebensmittel aus, und protestirte gegen die hohen Zölle auf die für die Industrie nothwendigen Rohmaterialien und Halbfabrikate. — Dem „Tagebl." zufolge ist die Ausweisung des Berliner Vertreters der Associated Preß, Herrn Wolf von Schierbrand nunmehr vom Reichskanzler angeordnet und die Angelegenheit dem Polizeipräsidenten in Berlin zur weiteren Veranlassung überwiesen worden. — Beim Präsentiren gestohlener Checks festgenommen wurde Mittwoch Vormittag in Berlin in der Filiale der Dresdner Bank ein angeblicher Amerikaner Namens Bolles. Der Fremde ersuchte um Einlösung von Checks im Werthe von 13 000 Dollars (45 000 Mark). Der Beamte der Bank wußte jedoch, daß die Papiere als gestohlen signalisirt waren und veranlaßte die Verhaftung des Mannes. — Der Kaiser hat das Begnadigungsgesuch des antisemitischen Redakteurs Karl Sedlatzek vom „Deutschen General-Anzeiger" abschlägig beschieden. S. war wegen Beleidigung der Bromberger Polizei zu einer vierwöchentlichen Gefängnißstrafe verurtheilt worden. Der Justizminister hat die Befürwortung des Begnadigungsgesuches, das durch eine Eingabe des Abgeordneten Werner unterstützt wurde, abgelehnt. Der Staatsanwalt hat daraufhin Sedlatzek aufgefordert, seine Strafe sofort anzutreten. S. wird sie im Tegeler Strafgefängniß abbüßen. — Die Verluste des Weimarischen Staates beim Krach der Leipziger Bank beziffern sich, wie von unterrichteter Seite mitgetheilt wird, aus dem Konto-Korrent-Verkehr und aus dem Verkehr auf Schuldscheine etwa auf 55 Prozent der Einlagen. Dies bedeutet einen Schaden von ungefähr 353 000 Mark. — Der Untersuchungsrichter in Zwickau verfügte die Verhaftung des Vorsitzenden des Aufsichtsraths der falliten Aktiengesellschaft J. H. Popp in Werdau Rechtsanwalts Dr. Bierling, und seines Bureauvorstehers Wildenhain. — In Basiowka legten, dem „B. T." zufolge, hundert beim Bahnbau Lemberg—Samlow beschäftigte Arbeiter die Arbeit nieder und griffen ihre arbeitenden Genossen an. Es kam zu einem heftigen Kampfe, bei dem viel Blut floß. — Aus Petersburg wird gemeldet: Für russische und polnische, im Auslande gedruckte Bücher wurde ein Zoll von 4½ Rubel per Pud festgesetzt. — Die Araber haben von jeher die türkische Herrschaft nur widerwillig ertragen und dem Sultan schon manches Mal schwere Sorgen bereitet. Einer Meldung aus Djeddah zufolge griffen neuerdings Araber die Eskorte des Vali von Hedschas an, welcher in die Provinz reiste, und nahmen eine Kolonne fort. — Die kolumbischen Rebellen halten nach einer Drahtung der „Frkf. Ztg." die Züge der Isthmusbahn auf. Die Absendung amerikanischer Kriegsschiffe ist wahrscheinlich.

Frankreich.

Einführung von Schießübungen in der Schule. In den Pariser Schulen sollen Schießübungen eingeführt werden. Zur Leitung und Ueberwachung dieser Uebungen sollen Inspektoren ernannt werden. Auch wird beabsichtigt, alljährlich Schießübungskurse abzuhalten und die besten Schützen zu prämiiren.

Der französisch-türkische Zwischenfall. Wie der „Gaulois" meldet, hat Delcasse Dienstag an Waldeck-Rousseau ein Schreiben gerichtet, in welchem er den Wunsch ausspricht, den Ministerrath möge sich mit dem Zwischenfall in Konstantinopel beschäftigen. Falls Waldeck-Rousseau sich dieser Ansicht anschließe, wird demnächst ein außerordentlicher Ministerrath unter dem Vorsitz des Präsidenten Loubet in Rambouillet abgehalten werden. Der „Matin" will von einem Mitglied des Kabinets erfahren haben, daß der Zwischenfall in Konstantinopel übertrieben sei. Constans habe weder seine Abberufung, noch die Zustellung der Pässe an den Botschafter in Paris Munir Bey verlangt. Wahr an der Sache sei nur, daß die Regierung ein für alle Mal den diplomatischen Unzuträglichkeiten mit der Pforte ein Ende machen wolle. Man werde sicher, ohne zum äußersten zu schreiten, vollständige Genugthuung erlangen. Auch nach einer Note des offiziösen „Petit Parisien" ist die französische Regierung entschlossen, in den strittigen Angelegenheiten mit der Pforte reinen Tisch zu machen und keinerlei Ausflüchte mehr zu dulden. So soll außer der Regelung der Quaiaffäre auch die Bezahlung des Guthabens zweier Pariser Banquiers, denen die Türkei seit 20 Jahren ein Kapital sammt Zinsen von 50 Millionen Francs schuldet, diesmal durchgesetzt werden. Der Minister Delcasse billige Constans' energisches Auftreten und werde bei einem fortdauernden Widerstand der Pforte nicht zögern, Constans abzuberufen.

Einen Polizei-Ueberfall auf die Arbeitsbörse von Grenoble meldet der „Petit Sou." Die Thüren in den Bureauzimmern mehrerer Gewerkschaften wurden aufgebrochen und in Abwesenheit der Gewerkschaftssekretäre wurde widergesetzlich gehaussucht, wobei Mitgliedsbücher, Briefschaften und Rechnungsbücher beschlagnahmt wurden. Die Ursache oder der Vorwand zu dieser Unthat ist bisher unbekannt.

Italien.

Unruhen in Norditalien. Der Hunger treibt die arme Landbevölkerung der Lombardei wieder einmal zum Aeußersten. In der Provinz Mailand hat die Gährung bereits einen bedrohlichen Charakter angenommen, und es ist zu Brandstiftungen und Tumulten gekommen. Sonntag Nacht wurde das Familienschloß des Herzogs Visconti Madrone gestürmt. Militär ist in zahlreichen Ortschaften eingerückt. — Wird auch Herr Zanardelli das kleinkalibrige Gewehr sprechen lassen?

Transvaal.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatze kommen für die Engländer immer schlimmere Nachrichten. Die allerneueste besagt, daß Lord Kitchener eine ernste Verwundung erlitten hat. „Daily Mail" veröffentlicht ein Telegramm aus Pretoria, worin es heißt, Lord Kitchener sei seit einigen Tagen sehr leidend und werde voraussichtlich nicht zur Begrüßung des Herzogs und der Herzogin von York nach Kapstadt kommen können. Ueber seine Krankheit gelangen nur sehr unbestimmte Nachrichten an die Oeffentlichkeit. Wie verlautet, soll er in einem Gefecht eine ernste Verwundung erhalten haben und werde jedenfalls in kurzer Zeit aus Gesundheitsrücksichten nach England zurückkehren müssen. Auch dem Pariser „Rappel" wird aus Pretoria gemeldet, daß Lord Kitchener ernstlich erkrankt sei. — Ueber diese „Erkrankung" wird man sich so seine eigenen Gedanken machen, wenn man erfährt, daß die in einem Gefechte bei Rietvlei getödteten und verwundeten englischen Offiziere und Soldaten sämmtlich der Leibwache Kitchener's angehört haben. Lord Kitchener scheint von demselben Schicksal ereilt zu sein, das dem General French und anderen britischen Heerführern in Südafrika erblüht ist, und seine Rückkehr wäre danach keine freiwillige.

Die Lage in der Kapkolonie soll nach einem bereits vom 19. Juni datirten Privatbriefe eines deutschen Burenfreiwilligen, den die alldeutsche „Deutsche Ztg." in Berlin veröffentlicht, noch trostloser sein, als die bisherigen dürftigen englischen Meldungen erkennen ließen. Es heißt in dem betr. Briefe:

„Zur Zeit befinde ich mich in der Kapkolonie unter den „Rebellen". Die Sache der Buren steht besser als in den besten Zeiten. Die ganze Kapkolonie ist im Aufstand; zur Stunde rechnet man mehr als 20000 „Rebellen" unter Waffen. Und der Aufstand ist erst im Anfangsstadium. Bei den „Rebellen" wird kurzer Prozeß gemacht von Seiten der Buren: „Neutrale Buren in der Kolonie giebt es nicht mehr. Wer nicht mit uns ficht, ist gegen uns." Und täglich wächst nun die Zahl der Aufständischen, nachdem sie fast zwei Jahre diesem furchtbaren Kriege thatenlos zugesehen haben. Wehe Dir, armes England! Heute stehen auf Seiten der Buren mehr Mann unter den Waffen, als im Anfang des Krieges. Ausgerüstet sind sie alle mit englischen erbeuteten Gewehren. Munition überreichlich. Pferde in vorzüglicher Verfassung, — fast jeder Bur hat zwei Pferde. Proviant reichlich, nur Kleider mangelhaft. Nie hätte ich geglaubt, daß solch ein Umschwung möglich sei. Und was ich früher, z. B. der Gefechte in Transvaal, für größenwahnsinnige Träumereien einzelner Buren hielt, heut steht es unabänderlich fest: Nicht nur die Unabhängigkeit wird Transvaal und der Freistaat zurückerhalten, sondern auch die Kapkolonie geht ganz oder theilweise verloren. Es kommt ein „vereinigtes Südafrika"; dies ist heute die Losung. Und wer die Buren kennt, wird wissen, daß die Kapkolonie nie aufgestanden wäre, wenn überhaupt noch entfernt die Möglichkeit des Sieges der Engländer bestehen würde. Die „Rebellen" fechten gut! Es herrscht Eintracht und strenge Disziplin!"

Auch wenn der Briefschreiber übertreibt, trägt seine Darstellung doch mehr zur Betrachtung der Lage in der Kapkolonie bei, als alle die Siegesdepeschen Lord Kitcheners. Der Aufstand der Kapholländer muß in der That gewaltige Dimensionen angenommen haben, sonst wäre der Stillstand der englischen Operationen in der Kapkolonie und die Nervosität der Engländer, die sich in hunnischen Drohungen ergehen, ganz unverständlich. Und die bedächtigen Kapholländer würden sich, wie der Briefschreiber einleuchtend bemerkt, schwerlich zur Rebellion verführen als auch zwingen lassen, wenn die Buren nicht die entsprechende Macht repräsentirten. Es müssen sich also große Theile der Kapkolonie thatsächlich in hellem Aufstand befinden. Uebrigens soll auch der Premierminister der Kapkolonie, Gordon Sprigg, am 25. Juli geäußert haben, ein Landesaufgebot der Kapholländer zur Vertheidigung des Landes gegen die Buren sei nicht angängig, da er nur zu genau wisse, daß die meisten Bürger des Landes Rebellen seien, die zu bewaffnen Wahnsinn sei. Viele von ihnen seien überhaupt schon unter Waffen, nämlich auf der Gegenseite, bei den Buren, und diejenigen, welche es noch nicht wären, warteten nur auf die Gelegenheit, sich Waffen zu verschaffen, um sich gleichfalls gegen das Land zu erheben.

Der Oberbefehlshaber der Buren, General Louis Botha, und sein Sekretär sind, wie in einem bisher vom Zensor zurückgehaltenen (!!) Reuter-Telegramm aus Standerton, 5. Juli, gemeldet wird, in einem von vier grauen Pferden gezogenen Wagen in den ersten Tagen des Juli nach Platrand gefahren, um dort Lord Kitchener die Antwort des Präsidenten Krüger auf die Friedensvorschläge zu übergeben. Die Antwort lautete: „Botha, Dewet, Delarey, Steijn! fahrt mit Kämpfen fort, Erleichterung wird gesandt, wenn nöthig; genug für jetzt."

Der Kriegskorrespondent des „Berliner Tagebl.“ Wilhelm Meyerbach in Südafrika soll von den Engländern unter der Beschuldigung der Spionage verhaftet worden sein und in Middelburg kriegsgerichtlich abgeurtheilt werden. Das „Berliner Tagebl.“ bemerkt dazu: „Wir konstatiren, daß Herr Meyerbach seit dem Beginn des südafrikanischen Kriegs einer unserer Korrespondenten auf der Burenseite gewesen und daß er nach einem Aufenthalt in Europa kürzlich nach Südafrika zurückgekehrt ist, um seine journalistische Thätigkeit für uns dort fortzusetzen. Wir erblicken in der Verhaftung unseres Korrespondenten eine neue Vergewaltigung der Kriegsberichterstattung seitens der englischen Militärbehörden, gegen die wir entschieden protestiren müssen.“ — Was kümmert sich John Bull um solche papiernen Proteste!

Vereinigte Staaten.

Streik der Stahlarbeiter. Aus New-York kabelt man der „Frankf. Ztg.“: Schaffer erließ die Streikordre für die National Steel-, National Tube- und Federal Steel-Werke. Der Beginn des Generalstreiks ist auf Sonnabend festgesetzt. Nur die Arbeiter in den Newcastle-Werken streiken sofort, weil der Stahltrust dort fertige Waaren aufhäufte. In den Carnegie-Werken ist der Betrieb ungestört, indessen sandte Schaffer dorthin drei Organisatoren, die bei den jüngeren Elementen viel Gehör fanden, während die älteren Arbeiter infolge der Homestead-Affäre sich noch zurückhalten. Der Arbeiterbund ist überhaupt äußerst rührig und ein scharfer Kampf steht bevor.

China.

Der Friede in China steht vorläufig noch in weiter Ferne. Das „Reuter'sche Bureau“ meldet aus Peking vom 6. August: Die Gesandten hatten vereinbart, das Protokoll heute zu unterzeichnen; der britische Gesandte Satow benachrichtigte jedoch gestern Abend seine Kollegen, England könne nicht unterzeichnen; Satow gab hierfür keine Gründe an. Die Versammlung der Gesandten wurde daher auf unbestimmte Zeit verschoben.

Generalleutnant v. Lessel meldet vom 5. August aus Tientsin: Peking ist von unseren (deutschen) Truppen geräumt, ausgenommen die Gesandtschaftsschutzwache und das Bataillon Förster, zweites Bataillon des zweiten Regiments. Letzteres verläßt Peking am 9. August.

Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 8. August.

Achtung, Former! Infolge ausgebrochener Differenzen ist der Zuzug fernzuhalten nach der Metallwaarenfabrik, Gelbgießerei und Kupferschmiede von W. G. Schröder, Louisenstraße 41/43.

Parteitag für beide Mecklenburg und Lübeck. Die Parteigenossen werden aufgefordert, die nöthigen Vorarbeiten zu dem am 8. und 9. September dieses Jahres in Lübeck stattfindenden Parteitag unverzüglich zum Abschluß zu bringen, und vor allen Dingen dafür Sorge zu tragen, daß mindestens jeder Ort, an dem sich irgend eine Anzahl Genossen befindet, einen Delegirten zum Parteitag entsendet.

Etwaige beim Parteitag zu stellende Anträge, sowie die Namen der Delegirten sind bis spätestens Mittwoch, den 28. August, dem Unterzeichneten zu übermitteln, worauf dann den Betreffenden die Mandate zugestellt werden.

Der Vertrauensmann für beide Mecklenburg.
M. Erdbeer.
Rostock, Patriotischerweg 79/80.

Gewerkschafts-Ausflug. Der Festtag rückt näher, die Vorarbeiten des Komitee's nähern sich ihrem Ende. Der Kartenverkauf geht gut von statten, so daß die Betheiligung derjenigen der Vorjahre um Nichts nachstehen wird. Der Festplatz, die Wiese des Herrn Muuß, ist in einem geradezu tadellosen Zustand. Herr Muuß hat behufs Trockenlegung einiger feuchten Stellen mehrfache Verbesserungen vorgenommen. Meldungen für Zapfstellen und für Kuchen- und Knackwursttische sind in unheimlicher Menge eingegangen; der Mangel an Arbeitsgelegenheit ist auch hier wohl der Grund für diese Erscheinung. Es konnte leider nur ca. ein Drittel der sich Meldenden Berücksichtigung finden. Luftschaukel, Karussel und Spielbuden werden zur Unterhaltung wieder anwesend sein. Heute Donnerstag Abend ist Schluß der Meldung für den Festzug. Komitee und Hilfskomitee werden heute Abend die Reihenfolge der Gewerkschaften ausloosen. Das Anweisen der Plätze erfolgt am Sonnabend Nachmittag von 4 Uhr an.

Wozu Soldaten verwendet werden. Bekanntlich sind in der letzten Zeit an verschiedenen Orten Deutschlands Soldaten zu Erntearbeiten abkommandirt worden. Nunmehr scheint auch unsere hiesige Militärbehörde den Agrariern ihre Dienste angeboten zu haben, denn es sollen, wie uns von durchaus glaubwürdiger Seite mitgetheilt worden ist, auch hier zahlreiche Abkommandirungen vorgekommen sein. Die Abkommandirungen sollen bereits eine derartige Höhe erreicht haben, daß sogar die Posten nur mit knapper Noth besetzt werden können. Inwieweit diese letztere Mittheilung den Thatsachen entspricht, können wir nicht beurtheilen. Wir erwarten, falls sie nicht zutreffend sein sollte, eine dahingehende Richtigstellung. Immerhin aber erscheint es auffällig, daß, während einerseits die Soldaten zu Erntearbeiten beurlaubt werden, andererseits die Reservisten, von denen ein Theil ebenfalls Erntearbeiter sind, gerade in dieser Zeit zu den Uebungen eingezogen worden sind. Treffender kann das militaristische System nicht gekennzeichnet werden, als durch diese Thatsachen. Während in Lübeck ein großer Theil von Arbeitern vorhanden ist, die infolge der schlechten Lage des Arbeitsmarktes zur Erntezeit gerne Landarbeiterdienste verrichten wollen, raubt man diesen arbeitslosen Proletariern den bei der Landarbeit zu erzielenden kärglichen Verdienst noch durch die Verwendung der Soldaten zu Erntearbeiten. Gegen ein derartiges Verfahren muß ganz entschieden Protest erhoben werden. Das arbeitende Volk hat ein lebhaftes Interesse daran, daß die Soldaten, deren Unterhalt doch zum größten Theil von dem arbeitenden Volke selbst bestritten werden muß, nicht zu Arbeiten verwandt werden, zu denen Arbeitskräfte in Hülle und Fülle vorhanden sind. Uebrigens geht aus der fortwährenden Beurlaubung von Soldaten zur Genüge hervor, daß die zweijährige Dienstzeit, ohne daß die Ausbildung der Soldaten Schaden leidet, noch wesentlich verkürzt werden kann.

Der Hamburger Scharfmacherverband dominirt auch in Lübeck, wie nachfolgender Vorfall zeigt. Vor mehreren Tagen kamen von Hamburg mehrere Nieter nach hier, wissend, daß hier momentan ein Mangel an Nietern zu verzeichnen ist. Nach mehrmaliger Anfrage beim Arbeitsnachweisbureau in der Fischergrube wurde ihnen von dem dortigen Beamten eröffnet, daß Alles, was an Metallarbeitern von Hamburg komme, hier solange keine Arbeit erhalte, bis nicht der Kupferschmiedestreik beigelegt worden sei. Der allmächtige Hamburger Scharfmacherverband will also die gesammten Hamburger Metallarbeiter strafen, will sie an freiwilliger Arbeit hindern. Nach kaiserlichem Ausspruch müßten demnach die Herren vom Scharfmacherverband eigentlich in's Zuchthaus wandern.

Aus dem Kreise der Schlachtergehilfen schreibt man uns: Die Gründung der Zahlstelle des Fleischer-Verbandes scheint einigen Leuten im Schlachtergewerbe eine heillose Angst einzujagen. Schon vor Wochen stellten dieselben in der Schlachtergesellen-Brüderschaft den Antrag, daß bei einer etwaigen Auflösung dieser Vereinigung die derselben gehörigen Gegenstände, wie Fahnen, Willkommen, der hiesigen Schlachter-Innung geschenkt würden. Der Antrag wurde angenommen. Auch die Verbandskollegen stimmten dafür, denn unseretwegen können die Gegenstände, welche Eigenthum der Brüderschaft sind, gerne ins Museum wandern, vielleicht mit einem Zettel dabei, auf dem geschrieben steht: „Fahnen und Willkommen gehörten einst der Schlachtergesellen-Brüderschaft, einer Vereinigung, welche dazu gegründet war, die Schlachtergesellen von allen ernsten Bestrebungen, ihre Lage zu verbessern, abzuhalten.“ Oben erwähnter Antrag hatte aber einen Zweck, den ein argloser Mensch ihm gar nicht anmerkt, und auch wir sollten am Dienstag in der Brüderschafts-Versammlung darüber aufgeklärt werden, daß der Schenkungs-Antrag nur eine Falle war. Kündigte da in der Dienstag-Versammlung der erste Altgeselle den erstaunten Mitbrüdern an, daß ihm ein Schreiben von 68 Mitgliedern der Brüderschaft zugegangen sei, welche beantragen, daß die Brüderschaft aufzulösen sei. Wie diese 68 Unterschriften zu Stande gekommen, davon erzählt man sich in Schlachterkreisen die tollsten Dinge. Eine heftige Debatte, die der Erklärung des Altgesellen folgte, führte zu keinem Resultat und der Altgeselle konstatirte: „Die Lade ist geschlossen und die Brüderschaft ist aufgelöst!“ Wir Verbandskollegen könnten ja über diese Thatsache gleichmüthig hinweggehen; wir könnten es ja nur mit Freuden begrüßen, wenn ein Institut, das mit seinem zünftlerischen Brimborium in unserer Zeit der Koalitionsfreiheit und des Klassenkampfes nur noch humoristisch wirkt, der Vergessenheit anheimfällt. Aber unsere Meisteraspiranten und Meisterknechte haben einen ganz anderen Grund. Man will eine Brüderschaft, der keine Verbandskollegen angehören, daher die Auflösung. Ueber 4 Wochen gründet man flugs wieder eine Brüderschaft, die Meister geben die Embleme zurück, aber nur wenn Verbandsmitglieder der Brüderschaft nicht angehören dürfen. Und nun haben die Meister auch noch den Vortheil, daß sie immer die Brüderschaft gegen den Verband ausspielen können; dann ist eine Besserstellung der Gesellen auf Jahre hinaus aussichtslos. Ja, es ist Alles herrlich ausgedacht. Wenn man sich nur nicht über die Verbandsgesellen einer argen Täuschung hingegeben hat! Hinterlist und Niederträchtigkeit können unser ehrliches Streben für das Wohl der Schlachtergesellen nicht stören. Wir wären für ein kollegiales Zusammenwirken mit der Brüderschaft zu haben gewesen, wenn man uns offen und ehrlich entgegengekommen wäre. Wollen die Spitzen der Brüderschaft, die sich aus angehenden Meistern und großkotzigen Vizen zusammensetzen, den Streit, sie sollen ihn haben! So viel für heute, morgen wollen wir einmal uns die Verhältnisse des Innungsgesellen-Ausschusses näher betrachten.

Zu den Differenzen bei Kroll, dem Inhaber der Lübecker St. Lorenz-Besohlanstalt, wird uns von diesem selbst geschrieben: „Es ist nicht zutreffend, daß der Lohntarif besagt, der Lohn für geleistete Arbeit soll für die volle Woche ausbezahlt werden. Der Passus lautet nur, daß die Lohnzahlung am Schlusse des letzten Wochentags geschehen soll. Ich habe mich niemals geweigert, diesem Verlangen nachzukommen. Auf Wunsch meiner Leute zahle ich jetzt Freitags den Lohn aus. Vier Wochen habe ich auf die Regelung des Wochenschlusses gewartet, da sich aber keiner etwas merken ließ, nahm ich an, die Sache sei erledigt. Gemaßregelt ist bei mir keiner; ich habe vielmehr nur 2 Arbeiter auf der Filiale wegen schlechter Arbeit entlassen, den dritten Arbeiter habe ich nicht entlassen, sondern nur aussetzen lassen, worauf er anderweitige Arbeit annahm. Auf seinen Wunsch kann der Betreffende wieder bei mir Arbeit erhalten.“

Postsendungen an Soldaten im Manöverfelde. Beim Herannahen der militärischen Herbstübungen wird darauf aufmerksam gemacht, daß es sich empfiehlt, Postsendungen für die an den Uebungen theilnehmenden Mannschaften nicht nach den in kurzen Zeiträumen wechselnden Marschquartieren, sondern stets nur nach dem Garnisonorte zu richten. Für die richtige und schleunige Weitersendung dieser Briefe 2c. wird postseitig gesorgt. Ferner ist es dringend nothwendig, in den Aufschriften der Sendungen außer dem Familiennamen, welchem nach Umständen Vornamen und Ordnungsnummer hinzuzufügen sind, den Dienstgrad und Truppentheil (Regiment, Bataillon, Kompagnie, Schwadron, Batterie, Kolonne 2c.) genau anzugeben, da die Regimenter, Bataillone 2c. oft auseinander gezogen und auf verschiedene Quartierorte vertheilt werden. Mangelhafte Aufschriften der Manöver-Postsendungen können leicht eine Verzögerung in der Beförderung und Bestellung zur Folge haben. Für die Nach- und Rücksendung von Postanweisungen, gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefsendungen, sowie der gegen ermäßigtes Porto beförderten Soldatenpackete ohne Werthangabe bis zum Gewichte von 3 Kg. einschließlich wird kein Porto erhoben.

Entwichen ist am Mittwoch Nachmittag ein in der Nähe der Gasanstalt II beschäftigter Korrigende in der Richtung nach Riendorf. Schon früher soll der Entwichene den Versuch gemacht haben, die Gefangenschaft mit der Freiheit zu vertauschen.

Fährdampferverbindung im Hafen. Die Verhandlungen der Behörde mit der Firma Gebr. Wetterich sollen, nach der „E.-Ztg.“, so weit gediehen sein, daß die Dampfer der genannten Firma bereits in nächster Zeit in Betrieb genommen werden können.

* **Kleine amtliche Nachrichten.** Der Senat hat den bisherigen Schreiber am Allgemeinen Krankenhause J. H. W. Meetz zum Kanzlisten ernannt und seinen Amtsantritt auf den 1. September d. J. festgelegt.

Aufgehobene Straßensperre. Die Sperrung der Fleischhauerstraße ist seitens des Polizeiamtes aufgehoben worden.

Anzeigepflichtige Krankheiten wurden im verflossenen Monat Juli gemeldet: Diphterie 13, Masern 28, Scharlach 12, Typhus 4 und Wochenbettfieber 1. Hiervon verliefen tödtlich: 5 Fälle an Diphterie, 2 an Masern und 1 an Wochenbettfieber.

Den Offenbarungseid leisteten im Juli 1901 acht Personen.

Vom Hafen. In der vergangenen Woche gelangten auf dem Seewege 40 Dampfer und 22 Segler und auf dem Kanalwege 28 Fahrzeuge nach hier.

Das Schulgeld für das 2. Vierteljahr (Johannis bis Michaelis) ist bis zum 10. August d. J. im Bureau, Glockengießerstraße 4, zu entrichten.

Ratzeburg. Mit dem Bau einer Verbindungsbahn zwischen Stadt und Bahnhof Ratzeburg wird es nach langem Zögern nunmehr Ernst. Nachdem das erste Projekt der Bahnführung wegen des die Aussicht störenden hohen Eisenbahndammes nicht die landespolizeiliche Bestätigung gefunden hat, ist kürzlich von der betheiligten Eisenbahnbau- und Betriebsfirma nach den Angaben des Regierungsbaumeisters Linke ein neuer Plan angefertigt worden, welcher alle obwaltenden Bedenken hinfällig macht und daher schon demnächst zur Ausführung kommen dürfte. Nach dem Plane beginnt die Bahn in der Nähe der städtischen Badeanstalt, wo der Bahnhof errichtet wird, geht über die sogenannte Schloßwiese am Ufer des großen Ratzeburger Sees entlang nach dem St. Georgsberg, wo die Chaussee Ratzeburg-Lübeck in gleicher Höhe überschritten wird, und führt durch die Gemarkung der Domäne Neu-Vorwerk in einem Bogen nach dem Bahnhof.

Eutin. Eine nette Gegend für Lehrer; unter dieser Stichmarke schreibt man der „Hilfe“ anscheinend aus Lehrerkreisen: Nachdem 1897 die Annahme des Lehrerbesoldungsgesetzes in Preußen erfolgt war, erhielten auch die Lehrer des oldenburgischen Fürstenthums Lübeck eine Gehaltsaufbesserung. Freilich blieb diese besonders in Bezug auf die Alterszulagen ganz beträchtlich hinter der preußischen zurück; dort mindestens jährlich 100 Mk. (in Schleswig-Holstein meistens 120 Mk. und mehr), steigend von 3 zu 3 Jahren um je 100 Mk. bezw. 120 Mk. und mehr bis auf jährlich 900 Mk. oder darüber — hier 125 Mk. steigend von 5 zu 5 Jahren bis auf 750 Mk. mit dem 30. Dienstjahr. Alle Gesuche der Lehrer um Gleichstellung mit ihren preußischen Kollegen blieben bisher erfolglos. Der ununterbrochen sich fühlbar machende Lehrermangel wurde durch Heranziehung von Mecklenburgern, Greizern u. A., sowie durch Anstellung von Lehrerinnen gedeckt, die in ihrer Heimath noch schlechter besoldet oder auch weniger begehrt waren. Bauern und Pastoren waren zufrieden, und andere Leute werden hier zu Lande nicht gefragt. Dies vorausgeschickt, wirft folgendes Rundschreiben der Großherzogl. Regierung „an die Herren Schulinspektoren“ ein recht interessantes Schlaglicht auf die hiesigen Lehrerbesoldungsverhältnisse und einiges andere.

Eutin, 9. Juli 1901.

Da in letzter Zeit die Gesuche von Lehrern um Beihülfen aus dem Allgemeinen Hülfs- und Pensionsfonds unverhältnißmäßig zahlreich geworden sind, so daß die Regierung vielfach Gesuche wegen Mangel an Mitteln überhaupt nicht oder nur in beschränktem Maße hat erfüllen können, so werden die Herren Schulinspektoren angewiesen, den Lehrern ihres Bezirkes gelegentlich zu eröffnen, daß derartige Gesuche nur in sehr dringenden Fällen an die Regierung einzureichen sind, und daß, wenn bei einem Lehrer eine Erkrankung eintritt, die eine besondere Behandlung, Operation, Unterbringung in einer Klinik usw. erforderlich macht und vielleicht die Mittel des Betreffenden so in Anspruch nehmen wird daß er voraussichtlich mit der eigenen Einnahme die nothwendigen Ausgaben nicht wird bestreiten können, er sich vor Inanspruchnahme der eventuellen Behandlung, Vornahme der Operation usw. mit dem Schulinspektor in Verbindung zu setzen hat, damit ihm von diesem namentlich hinsichtlich einer möglichst wenig kostspieligen Art der Behandlung usw. gerathen und geholfen werden kann.

Großherzogliche Regierung.
gez. v. Buttel.

Also weder andauernder Lehrermangel noch die „unverhältnißmäßig zahlreichen“ Unterstützungsgesuche der Lehrer haben die Regierung zu überzeugen vermocht, daß namentlich in vorgerückteren Jahren, in denen auch eine Lehrerfamilie von Krankheit nicht verschont zu werden pflegt, das Gehalt nicht reicht. Wollte man nur prüfen, man müßte unbedingt zugeben, daß Beihilfen, die das Plus der schleswig-holsteinischen Alterszulagen erreicht oder gar überstiegen hätten, nirgends erbeten und gewährt worden sind. Aber dennoch sagt die Regierung mit gewissen Ständen: Ihr macht nur zu große Ansprüche. Ihr habt kein Recht auf die nach eurem Dafürhalten wirksamste Hilfe in Krankheitsfällen, sondern eure Behandlung vergiebt in den dringendsten Fällen der Pastor an den Mindestfordernden. So weht der Wind hier bei uns. Für unsere lumpigen 10 Quadratmeilen findet die Regierung im großen deutschen Vaterland noch immer Lehrer genug.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Zur Verbüßung einer sechswöchigen Gefängnißstrafe, die er sich wegen angeblicher Beleidigung eines Feldwebels als verantwortlicher Redakteur unseres Kieler Parteiorgans zugezogen hat, ist Genosse Alex Lütjens nach dem lieblichen Glückstadt abgedampft. Hoffen wir, daß unser Genosse den unfreiwilligen Aufenthalt im preußischen Staatslogis ohne ernstliche Einbuße an seiner Gesundheit übersteht! — Die Polizeibehörde in Flensburg verbot dem Verband der Steinsetzer die Begleitung mit Fahne und Musik anläßlich der Beerdigung eines langjährigen Mitgliedes. Es wird immer besser! — Der Redakteur des „Grundstein“, Genosse Paeplow, hat am Montag seine zweimonatliche Gefängnißstrafe wegen Beleidigung der Elbinger Richter in der Raboisenwache in Hamburg angetreten. Hoffen wir, daß deren Verbüßung ihm keinen Schaden an der Gesundheit bringt. — Von den am Streik auf der Harburger Gummifabrik be-

theiligten Arbeitern sind noch über 80, meist Familienväter, ohne Beschäftigung. Die Loyalität, die man bei Wiedereinstellung der Arbeiter walten läßt, macht sich mithin diesen Arbeitern gegenüber besonders bemerkbar. — Größere Arbeiterentlassungen sind in den Reparaturwerkstätten des Norddeutschen Lloyd in Bremerhaven theils bereits am Sonnabend erfolgt, theils sollen sie nächstens geschehen. Die „Norddeutsche Volksstimme" bemerkt dazu: Das ist der Dank für die wahnsinnige Ueberstundenschufterei, die in letzter Zeit bis in die Nächte hinein von den Arbeitern dort verlangt worden ist.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Ein schweres Sittenverbrechen verübte in Güstrow ein unbekannter Mann an einem 16jährigen Mädchen, nachdem er dasselbe in der Wohnung überfallen und geknebelt hatte. — Seit Sonnabend brennt in der Nähe von Malchin eine große Fläche Torfmoor. — In der Nacht auf Montag ist von einem Zuge der Flensburg-Kappelner Bahn in der Nähe der Station Nübelfeld der Knecht Wilhelm Scharff aus Mecklenburg, der dort in betrunkenem Zustande auf den Schienen lag, überfahren und getödtet worden. Der Verunglückte hat also bei diesem Unfalle durch eigene Schuld seinen Tod gefunden. — Der Norddeutsche Gastwirtheverband (Sitz Hamburg) hat beschlossen, sich an den deutschen Reichstag mit einer Petition zu wenden, in welcher um Aufhebung der Polizeistunde gebeten wird. — Der schon seit längerer Zeit wüthende Moorbrand in der Nähe von Oldenburg hält noch immer an. — Seine Sternberg-Affäre hat nun auch Papenburg. Ein reicher Einwohner Papenburgs, älterer Junggeselle, wurde wegen Sittlichkeitsverbrechen, begangen an Mädchen im Alter von 8 bis 13 Jahren, von zwei Gensdarmen verhaftet. — Ein großer Waldbrand wüthet nach einer Osnabrücker Meldung der „Köln. Ztg." bei Fürstenau (Hannover). Bis jetzt sind 1000 Morgen vernichtet worden.

Hamburg. Mit dem Schiedsspruch in Sachen der Akkordmaurer beschäftigte sich eine am Dienstag Abend abgehaltene Mitgliederversammlung der drei Sozialdemokratischen Vereine Hamburgs. Nach heftiger Debatte, in der die Mehrzahl der Redner den Schiedsspruch einer scharfen Kritik unterzog, wurde ein Antrag auf Vornahme einer Urabstimmung abgelehnt und folgende von v. Elm begründete Resolution gegen wenige Stimmen angenommen:

„Die Versammlung der Mitglieder der drei Sozialdemokratischen Vereine Hamburgs erhebt gegen den Entscheid des Schiedsgerichts, bezüglich Ausschluß von Streikbrechern aus der Sozialdemokratischen Partei, entschieden Einspruch. Nachdem von dem Schiedsgericht selbst festgestellt worden ist, daß Diejenigen, deren Ausschluß beantragt war, Streikbruch begangen haben, hätte der Ausschluß vollzogen werden müssen. Die Versammlung beauftragt das heutige Bureau, bei den weiteren Instanzen der Partei, den Kontroleuren und dem Parteitag, zu beantragen, daß diese einen Entscheid im Sinne der Antragsteller fällen. Des Ferneren erklärt die Versammlung, daß sie die Begründung, die das Schiedsgericht seinem Entscheid gegeben hat, unter keinen Umständen als richtig anerkennen kann. Diese Begründung widerspricht den Grundsätzen, welche bisher in der deutschen und speziell in der Hamburger Arbeiterbewegung Geltung hatten. Ein Begriff wie „Streikbruch in einer Nothlage, durch den der Streikbrecher weder an Ansehen bei den Arbeitern, noch das Recht verliert, fernerhin den Organisationen anzugehören, die den Klassenkampf führen", war den im Kampfe mit dem Unternehmerthum stehenden Arbeitern bisher unbekannt. Die Versammlung protestirt ganz entschieden dagegen, daß eine solche Ansicht Geltung für die sozialdemokratische Partei Deutschlands haben soll und spricht die Hoffnung aus, daß diese Ansicht unter den deutschen Arbeitern niemals zur Geltung kommen wird."

Ferner fand folgender Antrag des Genossen Hüttmann gleichfalls nahezu einstimmige Annahme:

„Die am 7. August in Tütges Etablissement tagende gemeinschaftliche Mitgliederversammlung der drei Sozialdemokratischen Vereine Hamburgs beschließt: „Die große Mehrheit der Mitglieder der in den Sozialdemokratischen Vereinen organisirten Parteigenossen Hamburgs vertritt entschieden die Ansicht daß die vom Zentralverband der Maurer Deutschlands (Zweigverein Hamburg) gekennzeichneten Maurer nach dem § 2 des Organisationsstatuts „ehrlos" gehandelt und somit aus der Partei ausgeschlossen werden müssen. Da nun eine Vollstreckbarkeit des Ausschlusses vorläufig nicht möglich, sondern genau nach den im Organisationsstatut vorgeschriebenen Bestimmungen zu verfahren ist, wird der definitive Ausschluß erst nach Wochen erfolgen können. Es ist deswegen für die Partei von großem Interesse, um dem fortwährenden Streit unter den aktiv thätigen Parteigenossen vorzubeugen, daß die vom Ausschluß Betroffenen so lange ihre öffentliche Thätigkeit in der Partei aufzugeben haben, bis die Sache endgültig erledigt ist."

Hamburg. „Alles futsch," können die Walderseerummelanten sagen. Der Kaiser kommt nicht, der Reichskanzler kommt nicht, der Kronprinz kommt nicht! — Nun dürfte Waldersee nur noch auf den Sand gerathen und auch nicht kommen, dann wäre das Malheur vollständig. Waldersee soll jetzt von einem ganz gewöhnlichen General, von Wittich, empfangen werden. Der Empfang an den St. Pauli Landungsbrücken wird ein rein militärischer sein. Der Empfang des Grafen durch den Senat wird nicht, wie bisher in Aussicht genommen, dort, sondern um 1 Uhr im Rathhause erfolgen. Das für den Tag vorgesehene Festmahl findet nicht statt. Das Militär darf keine Musik machen. Die Illumination am Abend ist aufgehoben. Dienstag Abend ist bereits mit dem Abbruch der schon angebracht gewesenen kostspieligen Illuminationsvorrichtungen begonnen worden. Die Seewarte hat man vorher noch einmal probeweise beleuchtet. Das mächtige Gebäude erstrahlte in seinen Konturen im Glanze zahlreicher elektrischer Glühlichter. An der Hafenpolizeiwache, dem Seemannshause 2c. sind die elektrischen Beleuchtungsgegenstände bereits entfernt. Was mit den staatlichen Illuminationslichten geschehen soll, die man schon mittels schottischer Karre von Haus zu Haus befördert hatte, ist nicht bekannt. Für den Kronprinzen, der in Vertretung des Kaisers den Grafen Waldersee empfangen sollte, hatte die Behörde bei der hiesigen Firma Gäth u. Peine mehrere Standarten anfertigen lassen. Früher, als der Kronprinz noch nicht mündig war, war die Kriegsflagge ausreichend. Seit seiner Mündigkeitserklärung führt der Kronprinz bei offiziellen Angelegenheiten eine eigene Standarte. Die Standarte sollte auf dem Rathhause gehißt werden, wenn der Kronprinz dort mit dem Grafen Waldersee eintreffen würde. Jetzt kann man die Standarten einpökeln.

Altona. Wegen Butterfälschung wurde ein hiesiger Fettwaarenhändlrr, der desselben Vergehens wegen bereits vorbestraft, von der Strafkammer zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt. Nachdem in Folge eingelegter Berufungen die Strafsache nahezu 1½ Jahre geschwebt, hat das Oberlandesgericht nunmehr endlich das Urtheil der Strafkammer bestätigt.

Kiel. Wegen unerlaubter Entfernung wurde vom Kriegsgericht der Signalgast Fentz zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt. F. hatte vier Wochen Heimathsurlaub erhalten, war jedoch, wie er angab infolge Unwohlseins, erst acht Tage später bei seinem Truppentheil eingetroffen.

Kiel. Die Verwundeten vom „Aegir" sind außer Lebensgefahr. Ihr Befinden ist befriedigend. Die Aerzte erhoffen die Genesung Aller.

Dömitz. In dem großen Hehlerprozeß über von Elbschiffen geschmuggelte Waaren, über welchen wir s. Zt. berichteten, hat dieser Tage die erste Zeugenvernehmung stattgefunden. Dieselbe soll sehr umfangreich gewesen sein und so reichhaltiges Material zu Tage gefördert haben, daß noch verschiedene Ueberraschungen zu erwarten sind.

Varel. Die unvollendete Weiherede bei der Fahnenweihe eines Kriegervereins in einem nahen Dorfe bildet in den betheiligten Kreisen Anlaß zu Witzeleien. Der betreffende Kriegerrerein hatte sich eine neue Fahne zugelegt, selbstverständlich mußte dieselbe auch mit militärischem Pomp geweiht werden. Dazu gehört auch in erster Linie ein Feldgeistlicher. In Ermangelung eines solchen wandte man sich an einen hiesigen Geistlichen, der auch zusagte. Vor dem Vereinslokal standen die einheimischen und auswärtigen Kriegervereinler stramm wie die Puppen. Nach dem feierlichen Gesange eines alten Kirchenliedes sprach der Geistliche über die Bedeutung der Fahne u. s. w. Die Hülle fiel. Der Vorsitzende eines anderen ländlichen Vereins überreichte mit einer Ansprache einen silbernen Nagel. Der Vorsitzende des festgebenden Vereins antwortete. Jetzt wollte der Geistliche mit dem zweiten Theile seiner Weiherede beginnen, doch plötzlich ertönte die Stimme des ländlichen Kommandeurs: „Stillgestanden! Fahnensektion eintreten! Rechtsum! Vorwärts marsch!" Die Musik setzte ein und der Geistliche blieb allein mit dem Rest seiner Rede auf der leergewordenen Stätte.

Briefkasten.

Gewerkschafts-Ausflug. Heute Donnerstag Abend 8½ Uhr. Komitee und Hilfskomitee im Vereinshaus.

Festkomitee zum Mecklbg. Parteitag. Freitag Abend 8½ Uhr.

Sternschanz-Viehmarkt

Hamburg, 7. August

Der Schweinehandel verlief gut.

Angeführt wurden 530 Stück, davon vom Norden —, vom Süden — Stück. Preise Sengschweine — Mk. Versandschweine, schwere 58—59 Mk leichte 60—61 Mk., Sauen 45—54 Mk. und Ferkel 58—60 Mk pr 100 Pfd.

Hierzu eine Beilage.

Dienstag starb plötzlich an Herzschlag meine Frau.

Hans Jess.

Freundl. Logis Ludwigstraße 38.

Gesucht

Laufbursche außer der Schulzeit.

Th. Storm, Königstraße 98.

Gesucht ein guterhalt. Puppenwagen

Off. u. **K 58** an die Exped. d. Bl.

Gesucht ein Laufmädchen für mein Blumengeschäft. **Georg Mielentz,** Mühlenbrücke 7 a.

Fortzugshalber!!

Mehrere neue, sehr gute Betten billigst

Blumenstraße 17, 1. am Lindenplatz.

Ein Kinder-Sitz- und Liegewagen

zu verkaufen Reiferstraße 10 b.

Gefunden eine Doppel-Korallenkette.

Abzuholen Mauer 14, 1.

Maurerarbeiten

werden gut und billig angefertigt.

Wittwer, An der Mauer 82.

BROCKHAUS' LEXIKON

NEUE REVIDIERTE JUBILÄUMS-AUSGABE

DRITTER BAND ERSCHIEN SOEBEN. № 12.

Empfehle bei billigsten Preisen mein großes Lager in **Schuhwaaren, Garderoben, Hüten, Mützen, Kojen, Hemden, Manufactur u. s. w.**

Rud. Krucht, Ratzebg. Allee 40.

Hansa-Brauerei Aktiengesellschaft Lübeck.

— Fernsprecher 161. —

Wir empfehlen unsere ausschliesslich aus bestem Hopfen und Gerstenmalz bereiteten

Lager- und Tafelbiere

in bekannter Güte, sowie unser

Kapuzinerbräu

welches nach **Münchener Art,** ebenfalls streng nach den Vorschriften des bayrischen Braugesetzes gebraut ist, und erbitten uns Bestellungen direct oder durch die Bierführer.

Soeben neu erschienen:

Eduard Bernstein: Zur Geschichte und Theorie des Socialismus.

Ein Document von grundlegender Bedeutung für die Geschichte des modernen Socialismus ist das obengenannte neueste Werk Eduard Bernsteins.

Der Leser erhält hier alle von Eduard Bernstein selbst herrührenden Stücke jener Bernstein-Debatte, welche die socialistische und mit ihr die ganze gebildete Welt so lebhaft beschäftigt hat, wie vordem keine andere Discussion. Handelte es sich doch um die Grundsätze, von denen die gesammte Theorie und Praxis des Socialismus ausging.

Erscheint in 25 Lieferungen à 20 Pfg.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 50

Zum Gewerkschaftsausflug

Sonntag den 11. August 1901

empfehle mein Lokal angelegentlichst

Chr. Lüer, Israelsdorf.

Hiesigen Honig

Pfund 60 Pfg.

empfiehlt

Th. Storm, Königstraße 98.

Alten holländischen u. Tilsiter

Käse

empfiehlt

Th. Storm, Königstraße 98.

Schwartau-Rensefeld.

Die organisirten Arbeiter werden aufgefordert am **Sonntag den 11. August,** Morgens 11½ Uhr, bei **G. Sternberg** in Rensefeld zum **Ausflug mit Musik und Fahnen nach Israelsdorf** zu erscheinen. Abmarsch um 12 Uhr.

J. A.: **Der Vertrauensmann.**

Gewerkschafts-Ausflug

Das Ausloosen und Anweisen der Plätze auf dem Festplatze findet am Sonnabend von Nachmittags 4 Uhr an statt.

Das Comitee.

Achtung!

Lastadiearbeiter!

Mitglieder-Versammlung

am Freitag den 9. August 1901

Abends 8½ Uhr

im Vereinshaus, Johannisstr. 50/5

Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Der Vorstand.

Verantwortlicher Redacteur: Otto Friedrich. — Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete": Johannes Stelling. — Verleger: Theod. Schwartz.

Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 184. Freitag, den 9. August 1901. 8. Jahrgang.

Wie der Getreidezoll aufkam!*)

Scharf kontrastiren die hohen Zollsätze für Getreide, die jetzt Graf Bülow im Zolltarifentwurf in Aussicht nimmt, von den bescheidenen Sätzen, mit denen vor zweiundzwanzig Jahren Fürst Bismarck die Getreidezölle einführte. Jetzt soll in den Handelsverträgen ein Roggenzoll von 5 Mark, ein Weizenzoll von 5,50 Mark für den Doppelzentner festgehalten werden. Der Tarifentwurf von 1879 schrieb nur einen Roggenzoll von 50 Pfg. vor, also von einem Zehntel des Bülow'schen Entwurfs, während der Weizenzoll 1 Mk., also noch nicht ein Fünftel des Bülow'schen Entwurfs betragen sollte.

Und selbst ein solcher niedriger Getreidezoll ist damals von Landwirthen nicht verlangt worden. Fürst Bismarck hat damals die Agitation für Getreidezölle erst künstlich in die landwirthschaftlichen Kreise hineingetragen. Auch Fürst Bismarck selbst aber war bei der ersten Vorbereitung des neuen Zolltarifs noch in keiner Weise besonders für Getreidezölle eingetreten. Das Hauptinteresse des Fürsten Bismarck bei dem neuen Tarif war ein finanzielles, die Gewinnung von Mehreinnahmen. Darum die Erhöhung des Tabakzolls und der Tabaksteuer, die Einführung des Petroleumzolles, die Erhöhung der Zölle auf Kaffee, Wein usw. Sein Dezemberbrief an die Bundesregierungen, die sogenannte Weihnachtsbescheerung für das deutsche Volk ging von der Zollpflichtigkeit aller über die Grenze eingehenden Gegenstände („mit Ausnahme der unentbehrlichen Rohstoffe") aus. Durch Besteuerung von Einfuhrwerthen, die sich danach auf 1400 Millionen Mark berechneten, mit 5 pCt. des Werthes sollte eine Zolleinnahme von jährlich 70 Millionen Mark beschafft werden. Danach würden bei den heutigen Preisen an Roggen und Weizen Zollsätze von 70 bis 85 Pf. statt der 500 bis 550 Pf., wie sie Graf Bülow anstrebt, gerechtfertigt sein.

Aber die Landwirthe waren damals für Getreidezölle auch nur in geringem Betrage noch keineswegs eingenommen. Der Abg. Frhr. v. Schorlemer-Alst, der Führer des schutzzöllnerischen Flügels der Zentrumspartei (Freiherr v. Franckenstein hatte noch kurz vorher der freihändlerischen Vereinigung im Reichstage zusammen mit Bamberger, Rickert, Richter, v. Maltzahn-Gültz u. A. angehört) äußerte noch am 13. Dezember 1878 im Abgeordnetenhause wörtlich: „Ich wünsche keine Getreidezölle, weil ich der Bevölkerung das Brod nicht vertheuern will." Am 27. Januar 1879, also zu einer Zeit, wo schon die vom Bundesrath niedergesetzte Zolltarifkommission tagte, lehnte der in Berlin versammelte Deutsche Landwirthschaftsrath einen Antrag, der Erklärungen zu Gunsten des im Dezemberbrief enthaltenen Programms des Reichskanzlers enthielt, mit 46 gegen 11 Stimmen ab. Eine sehr starke Minderheit von 23 gegen 34 Stimmen wollte sogar nach dem Antrag Pogge ganz bestimmt erklären, daß die Einführung von Schutzzöllen sowohl für die Landwirthschaft wie für die Industrie kein geeignetes Mittel sei, deren gegenwärtige Nothlage zu beseitigen, weil die wirkliche Ursache dadurch nicht gehoben werde. Vielmehr sei daraus nur eine Schädigung aller Konsumenten und eine Verschiebung der natürlichen Produktionsverhältnisse zu befürchten. Die dieser Resolution widerstrebende Majorität diplomatisirte in einer Resolution, daß, wenn aus finanzpolitischen Gründen eine Belastung bisher zollfreier Artikel unvermeidlich sei und deshalb niedrige Finanzzölle eingeführt werden müssen, die Landwirthschaft in derselben Weise wie die Industrie zu berücksichtigen sei. Der Ostpreußische Provinziallandtag sprach sich am 18. März 1879 mit allen gegen sieben Stimmen gegen die Einführung von Getreidezöllen und Eisenzöllen aus. Einige Tage später folgte der Westpreußische Provinziallandtag mit einem eben solchen Protest. Auch in Oldenburg und Lippe erklärten sich die landwirthschaftlichen Vereine gegen die Getreidezölle. In anderen preußischen Landestheilen wurden solche Resolutionen verhindert durch die Landräthe als Vorsitzende der landwirthschaftlichen Vereine.

Fürst Bismarck empfand darum das lebhafteste Bedürfniß, der Stimmung in landwirthschaftlichen Kreisen, die theils gegnerisch, theils flau sich zu den Getreidezöllen verhielt, nachzuhelfen. Es geschah dies theils in der Form der vom Abg. Richter damals also bezeichneten Bauernbriefe, theils durch Aeußerungen auf den parlamentarischen Soireen, die entsprechend zugespitzt durch die Preßbureaus in die Oeffentlichkeit gebracht wurden. Zunächst ließ sich Fürst Bismarck aus einer kleinen Gemeinde Pölz in Holstein eine Adresse für landwirthschaftliche Zölle kommen, die er dann mit einem Antwortschreiben an die „Kreisgenossen" in Pölz in die Oeffentlichkeit brachte. Das Antwortschreiben wurde sogleich offiziös durch den Telegraphen urbi et orbi kundgegeben. Die Gemeinde Pölz zählte nur 8 Hofstellen und 3 Kathenstellen mit 320 Hektar Land. Die von dort ausgehende Adresse war nicht so abgefaßt, wie holsteinische Bauern zu schreiben pflegen, und verrieth schon durch ihre grobe Unkenntniß der holsteinischen landwirthschaftlichen Verhältnisse ihren Ursprung an einer Berliner Stelle.

Fürst Bismarck, der aus seinen privaten Verhältnissen oder Eindrücken vielfach den Anlaß zu wirthschaftspolitischen Maßnahmen empfing, klagte in der parlamentarischen Soiree am 22. Februar 1879 über die mangelnde Rentabilität seiner holsteinischen Besitzungen. Zwar könne er selbst sich auf sein Gehalt zurückziehen, aber der Landwirthschaft müsse geholfen werden. Schon vorher hatte der fortschrittliche Abgeordnete des Kreises Stormarn, Lutteroth, ein erfahrener praktischer Landwirth, als Fürst Bismarck ähnliche Klagen aussprach, sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß Fürst Bismarck nicht seinen landwirthschaftlichen Rath in Anspruch genommen habe, bevor er sich im Stormarn'schen Kreise zu Preisen ankaufe, bei welchen auch der geschickteste Betrieb nicht mehr als ein Prozent vom Kapital herauswirthschaften könne. Fürst Bismarck hatte nämlich damals in dortiger Gegend mehr eifrig als wirthschaftlich das Bauernlegen durch Ankäufe bäuerlicher Höfe betrieben. Auch weiterhin fuhr Fürst Bismarck in jener Zeit fort, die Landwirthe aufzustacheln zur Agitation für landwirthschaftliche Zölle. Ueberall, wo diese Agitation Boden faßte, bauschte das Wolff'sche Telegraphenbureau das kleinste Vorkommniß in einer Weise auf, die geeignet war, die öffentliche Meinung an sich selbst irre zu machen. Freilich ließ jeder ungeschickte Windzug hinter den leichten Vorhang schon damals die Hände deutlich erkennen, die die Fäden aller dieser Demonstrationen zogen und die Szenerie leiteten.

In der Zollkommission, die sechs vom Reichskanzler, neun von den außerpreußischen Regierungen ernannte Mitglieder zählte, wurde der neue Tarifentwurf in den drei ersten Monaten des Jahres 1879 durchberathen. Zeitweilig verlautete, daß die Mehrheit gern auf Getreidezölle überhaupt verzichten wollte. Hatte doch der damalige landwirthschaftliche Minister Friedenthal noch vor nicht langer Zeit erklärt, die Landwirthschaft habe nur das eine Interesse, die Bevölkerung reichlich und billig zu ernähren. Aber als der neue Tarifentwurf, die „Osterbescheerung", Anfang April an den Reichstag gelangte, wies er die Eingangs erwähnten Kornzölle auf von 50 Pfg. für den dz Roggen und von 1 Mark für den dz Weizen.

Sechs Tage währte die erste Berathung des neuen Tarifs im Plenum. Die Konservativen traten keineswegs geschlossen für die Getreidezölle ein. So erklärte Frhr. v. Maltzahn-Gültz, der spätere Staatssekretär und jetzige Oberpräsident von Pommern, die Kornzölle seien das Ideal einer Abgabe, wie sie nicht sein soll. Ueber die Getreidezölle fand die zweite Berathung ohne vorherige Kommissionsberathung Ende Mai im Plenum statt. In der Zwischenzeit protestirten auf dem Berliner Städtetag die Vertreter von 68 größeren Städten gegen Korn- und Viehzölle unter Widerspruch nur der Vertreter von Bochum, Essen, Witten und Ottensen. Auf der anderen Seite begann nun Fürst Bismarck entgegen dem von ihm als Reichskanzler eingebrachten Regierungsentwurf für Erhöhung der Getreidezölle zu agitiren. Eingeleitet war diese Agitation schon am 16. April in einem für die Oeffentlichkeit bestimmten und der Oeffentlichkeit übergebenen Brief an den bayerischen Frhrn. v. Thüngen, desselben Herrn v. Thüngen, der jüng't in der bayerischen Landwirthschaftskammer der Wortführer für höhere Getreidezölle war. Im Gegensatz zu dem Landwirthschaftsminister Friedenthal und im Gegensatz zu den süddeutschen Regierungen apellirte in diesem Briefe Fürst Bismarck an die Interessentenkreise nichtpreußischer Gebiete. Er habe bei den Kornzöllen nicht mehr erreichen können und das Erreichte namentlich gegenüber den Ministerien der größten Bundesstaaten nur mit großer Anstrengung festhalten können. Die meisten süd- und mitteldeutschen Ministerien hätten Widerstand geleistet und die württembergische Regierung sogar beantragt, den Kornzoll von 50 auf 30 Pfennige herabzusetzen. „Wenn in dem Zolltarifentwurfe eine Verbesserung noch gewonnen werden soll, so werden vor Allem die Vertreter der Landwirthschaft sich rühren, sich vereinigen und Anträge stellen müssen."

Natürlich wurde nun sofort bei der zweiten Berathung des Getreidezolles der Antrag eingebracht auf Verdoppelung des Roggenzolles, also auf Erhöhung von 50 Pfg. auf 1 Mark für den Doppelzentner. Indeß wurde der Antrag am 23. Mai noch mit 173 gegen 161 Stimmen abgelehnt. Die Minister Friedenthal und Falk stimmten als Abgeordnete gegen die Verdoppelung. Das parlamentarisch widerwärtigste Schauspiel bot nun das Foyer des Reichstags in der Zeit zwischen der zweiten und dritten Lesung. Die verschiedenen Interessentengruppen markteten und feilschten mit einander: Erhöhst Du meinen Schutzzoll, erhöhe ich Deinen Schutzzoll. Abg. Stumm, der Führer der Eisenschutzzöllner, verlangte als Entgelt für die Verdoppelung des Roggenzolles, eine Erhöhung des Zolles auf Eisenwaaren von 6 auf 10 bezw. 15 Mark. Bis zur dritten Lesung war der Handel fertig — „Sammlung" nennt man dergleichen heutzutage. Nachdem in dritter Lesung die Erhöhung der Eisenzölle mit 178 gegen 160 Stimmen durchgegangen war, erfolgte die Verdoppelung des Roggenzolles mit 186 gegen 160 Stimmen.

Im Jahre 1885 sind alsdann die Zölle auf Weizen und Roggen, die hiernach mit gleichmäßig **einer** Mark eingeführt waren, verdreifacht, im Jahre 1887 verfünffacht worden. Durch die Handelsverträge von 1892 sind die Zölle von 5 auf 3,50 Mk. herabgesetzt worden. Jetzt will sie Graf Bülow unter Differenzirung von Weizen und Roggen, wie sie im ersten Entwurf 1879 enthalten war, auf eine nie dagewesene Höhe noch über 5 Mark hinaus hinaufschrauben.

*) Nach der „Freisinnigen Zeitung".

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Gegen 400 Mannheimer Bäckergehilfen streiken seit Sonnabend, nachdem die Innung die Hauptforderungen, Kost, Logis außer Hause und einen Minimallohn von 20 Mk., abgelehnt hat. 20 Meister haben bereits die Forderungen bewilligt. — Die Breslauer Mühlenbesitzer haben auch die

Judith Trachtenberg.

Erzählung von Karl Emil Franzos.

(22. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Eine Woche nach diesem Gespräch, hart vor Weihnachten, erhielt Agenor einen Geldbrief seines Wiener Bankhauses. Das Guthaben des Herrn Grafen — schrieben die Herren M. L. Biedermann u. Komp. — sei allerdings bereits erschöpft; sie trügen selbstverständlich gleichwohl kein Bedenken, die gewünschte Summe angebogen ergebenst zu überreichen, bäten jedoch um baldige Deckung. Auch erlaubten sie sich folgend wieder zwei Briefe zu überreichen. Der eine sei vor etwa einer Woche angelangt, der andere soeben als Eilbrief mittelst Estaffette.

Das ältere Schreiben war jene dringende Mahnung Stiegle's zur Sparsamkeit, das jüngere kam von Wroblewski und enthielt bereits seine Antwort auf den Brief, den Agenor am 30. November an ihn gerichtet. Obwohl Rafael, meldete er, den an den Todten adressirten Brief sofort erbrochen und zu den Akten gegeben, hoffe er die Gefahr doch noch abzuwenden, sofern er umgehend weitere dreißigtausend Gulden erhalte. Wo nicht, so gedenke er selbst durch eine Kugel der Schmach zu entgehen und könne dem Grafen nur rathen, ein Gleiches zu thun. Beigelegt waren einige Zeilen Stiegle's; er habe auch die zuletzt angewiesenen zehntausend Gulden aufgetrieben, aber zu 40 Prozent Zinsen; da er unter diesen Umständen unvermeidlich das sichere Verderben hereinbrechen sehe, so kündige er hiermit seinen Posten endgültig zu Ende März.

In fast sinnloser Wuth zerknüllte Agenor den Brief des Kommissars. Welch' ein Schurke! — wie viel Habsucht und Verlogenheit er ihm zugetraut, solche Niedertracht doch nicht. Er hatte unter dem Eindruck jener Unterredung mit Judith in den nächsten Tagen nicht daran gedacht, seine Anweisung zurückzuziehen und es dann unterlassen, weil es wohl zu spät war — der biedere Wroblewski, dachte er, giebt nichts wieder; er wird mir das Geld wahrscheinlich als Vorschuß für künftige Dienste quittiren. Und nun dieser Brief! Und in dieses Menschen Hände war er gegeben! Allerdings nicht ganz waffenlos mehr — gerade dieses letzte Schreiben bewies seine Niedertracht sonnenklar — aber auch dies konnte nicht viel nützen, so lange ihm der Graf durch sein Fernbleiben bewies, wie sehr ihm vor jeder Enthüllung bange... Schon deshalb mußte er heim, und dann, um Ordnung in seiner Wirthschaft zu schaffen; alle Allodial-Güter ließen sich nun nicht mehr halten. Aber konnte er fort, durfte er Judith allein lassen?!

In diesen qualvollen, widerstreitenden Gedanken verflossen ihm die Stunden bis zum Mittagessen; mühsam raffte er sich dann soweit auf, um Judith ein möglichst gleichmüthiges Gesicht zu zeigen. Es gelang ihm wohl nicht ganz, denn als er nach dem Speisen zur Zigarre griff, trat sie auf ihn zu und fragte: „Du hast heute schlimme Nachrichten vom Hause erhalten? Was ist es?"

„Nichts von Bedeutung", erwiderte er. „Verdrießlichkeiten in der Wirthschaft .... Die alten Schulden von meinem Vetter her ..."

„Da mußt Du heimgehen und es ordnen; das ist Deine Pflicht. Ich bleibe inzwischen mit dem Kleinen hier; im April holst Du uns oder wir kommen allein nach!"

„Du möchtest mich gerne los sein?" fragte er mit gezwungenem Lachen, aber der Blick, den er dabei auf sie richtete, war sehr ernst.

Sie verstand diesen Blick und hielt ihn ruhig aus. „Das ist thörichte Furcht, Agenor. Daß mich das Kind unter allen Umständen ans Leben fesseln würde, weißt Du nun. Und wie dürft' ich Dir solchen Schmerz bereiten? Was immer Du sonst an mir gefehlt hast, Dein Wort hast Du eingelöst und mich zu Deinem Weibe gemacht. Ich sage Dir offen, Agenor, ich glaube, es wäre ein Glück für Dich und mich, wenn ich bald eines natürlichen Todes stürbe..."

„Judith!"

„Verzeih', ich hätte es nicht sagen sollen, aber es ist mir so gleichsam von selbst aus dem Herzen empor und auf die Lippen gequollen. Und wahr ist's ja! Schon hier haben wir es nicht leicht, wie erst daheim! Aber mein freiwilliger Tod wäre doch ein furchtbares Unglück für Dich — Dein Gewissen könnte niemals zur Ruhe kommen .... Es ist ein grauenhaftes Gefühl," fuhr sie fort und ihr Antlitz wurde furchtbar düster, während sie dies sagte, „eines Menschen Leben auf dem Gewissen zu haben, eines Menschen, der uns geliebt — Dir soll dies erspart bleiben, Agenor .. Wann reisest Du?"

„Laß es mich noch überlegen," bat er. „Wie soll ich von Dir gehen, wenn ich Dich von so qualvollen Gedanken erfüllt weiß! Und Du quälst Dich grundlos!"

„Still!" bat sie flehentlich, „kein Wort davon. Durch Worte wird es nicht gut, sagt' ich Dir schon neulich .... Gerade mir zu Liebe solltest Du gehen! Ich habe die Empfindung, als ob ich leichter mit mir fertig würde, wenn ich die nächste Zeit einsam verbrächte ... Und was könnte Dich etwa sonst hindern? Die Furcht vor Rafaels Rache, vor der Strafe der Gerichte? Ich habe in den letzten Tagen viel darüber nachgedacht, es scheint mir jetzt, wo ich klarer sehe, fast unglaublich, daß Du sie im Ernst fürchten könntest. Der Geklagte ein Graf aus uraltem Geschlecht, welcher der katholischen Kirche eine Seele zugeführt, der Kläger ein Judenjunge — und der Prozeß spielt in Galizien! Glaube mir, Agenor, — wenn Du mich entehrt und dann von der Schwelle gejagt hättest, und ich, die Betrogene, die Zertretene, wäre Deine Anklägerin — die Herren Richter würden mir ins Gesicht lachen, wenn ich Deine Bestrafung verlangte. Ich sage es ohne Bitterkeit, nur weil es eben die Wahrheit ist ... Nochmals, Du mußt reisen!"

Er bat gleichwohl wieder um Bedenkzeit. Und wenn sie es inzwischen erfährt? dachte er. Aber wie konnte sie es erfahren, da ihr Aufenthalt nur ihm und dem Wiener

herabgesetzten Forderungen der Arbeiter rundweg abgelehnt. Eine Versammlung der Mühlenarbeiter hat nunmehr beschlossen, die Vermittelung des Gewerbegerichts nachzusuchen, und, wenn auch dieser letzte Versuch eines friedlichen Uebereinkommens mit den Unternehmern scheitert, in sämmtlichen Breslauer Mühlen die Arbeit niederzulegen.

Einen Bauaufseher sollen die Würzburger doch haben. Das Gemeindekollegium hat die Anstellung eines Bauaufsehers aus Arbeiterkreisen mangels eines Bedürfnisses wiederholt abgelehnt. Die Kreisregierung hat daraufhin die Anstellung zum 1. Juli verfügt. Der Magistrat soll nun aber einen Ministerialbescheid über die Nothwendigkeit der Anstellung erwirken. So ein Aufseher muß manchen Leuten doch als ein recht gefährlicher Mann erscheinen!

Der erste slawisch-sozialistische Kongreß wurde Montag in Plewna eröffnet. Die Mehrzahl der Theilnehmer waren Lehrer.

Ueber die gewerbliche Frauenarbeit sagt der Bericht des Fabrikinspektors für Reuß j. L.: „Die gesundheitsschädigenden Einwirkungen vieler Arten der gewerblichen Frauenarbeit sind im allgemeinen noch zu wenig bekannt, insbesondere fehlen noch die Erfahrungen darüber, bis zu welchem Grade der weibliche Organismus ohne Schädigung desselben angestrengt werden kann. Es ist daher eine erschöpfende Beurtheilung derselben ohne Zuziehung ärztlicher Sachverständiger oder Krankenkassen-Vorstände nicht möglich, denn die schädlichen Einflüsse können sowohl in der Natur des Betriebes selbst liegen, als auch in der Weise, wie und unter welchem Umständen und auf welche Dauer die Arbeiten verrichtet werden. Nur soviel scheint gewiß, daß in Betrieben wie Ziegeleien, Kalk- und Marmorwerken, in der Metallwaarenfabrikation, in den Gerbereien sowie im Baugewerbe die Frauenarbeit an sich unpassend und vielleicht auch entbehrlich ist, da diese Thätigkeiten als solche weder zu den Frauenarbeiten gehören, noch eine besondere, den Frauen eigene Geschicklichkeit erfordern und vielfach sogar an die Körperkraft nicht unbeträchtliche Anforderungen stellen. Die besonders umfänglich angestellten Erhebungen in Bezug auf die weibliche Wanderarbeit in den Ziegeleien haben als Grund zwar vorwiegend Mangel an männlichen Arbeitern ergeben; es hat sich aber gezeigt, daß man weniger geschickte als billige Arbeitskräfte brauchte. Andererseits läßt die Statistik erkennen, daß die Frauenarbeit durchaus nicht allgemein üblich und in einzelnen größeren Ziegeleien sogar erst im Laufe der letzten 4—6 Jahre in Aufnahme gekommen ist. Aehnlich ist es in der Metallwaaren-Industrie und in den Gerbereien, in denen sich die Beschäftigung weiblicher Arbeitskräfte erst in den letzten 10—15 Jahren entwickelt hat."

Seit Liebknechts Tode war am Mittwoch ein Jahr verflossen. Als am 7. August 1900 der Telegraph die Kunde durch Deutschlands Gauen trug, daß der Soldat der Revolution, daß Wilhelm Liebknecht die Augen auf immer geschlossen, da füllte sich so manches Proletarier-Auge mit Thränen, denn, wie kaum Jemand, stand Liebknecht dem Volke nahe. Ein grüner Hügel deckt nun den Freund des Volkes, aber unvergeßlich bleibt der Alte, wie er von seinen Freunden genannt wurde, bleibt Liebknecht den Schaaren der Enterbten. Von den herrschenden Klassen ist Liebknecht gehaßt und verfolgt worden, aber dafür hat ihn das Volk umsomehr geliebt. Vorwärts, immer vorwärts war seine Losung. Keine Ruhe hatte er, stets war er mit Arbeit überlastet. Ruhe fand er höchstens in den harten Feldouartieren von Hubertusburg und Plötzensee. Laßt uns aufs Neue geloben, Wilhelm Liebknecht nachzueifern, getreu zu erfüllen, was er in seiner Broschüre „Trutz Eisenstirn" geschrieben: „Jeder Parteigenosse hat die heilige Pflicht, je nach seinen Fähigkeiten und je nach Möglichkeit im Dienste der Partei agitatorisch thätig zu sein. Und an Gelegenheit zu wirken und an einem Wirkungskreis fehlt es Keinem. Von der Pflicht höchstmöglicher Leistung wird kein Sozialdemokrat entbunden sein wollen." Und wiederum: „Agitiren, organisiren, Schriften verbreiten, — ohne Unterbrechung die Partei stärken und klären, — das soll und muß einem Jeden von uns als Pflicht vorschweben, das muß unser Leitstern sein." Handeln wir so, dann ehren wir am besten das Gedächtniß unseres Todten.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Durch eine Feuersbrunst wurden in Neu-Ruppin in der Sonntagnacht 15 Gebäude eingeäschert. Es waren sämmtlich Ställe und Scheunen. Die große Ausbreitung des Feuers ist dadurch entstanden, daß die auf der Brandstelle erschienenen Feuerwehren wegen Wassermangels nicht in Thätigkeit treten konnten. — Durch eine Tasse Kakao tödtlich verbrüht ist die 1½ Jahre alte Tochter Gertrud des Schlossers Dremel in Berlin. Die Kleine riß, als die Mutter auf einen Augenblick das Zimmer verlassen mußte, eine Kakaotasse vom Tisch. Der heiße Inhalt ergoß sich ihr über Brust und linken Arm und verbrühte sie, wie die Berliner Blätter melden, so schwer, daß sie nach kurzer Zeit starb. Die Leiche ist zur gerichtsärztlichen Oeffnung beschlagnahmt worden. — Wie aus Mainz gemeldet wird, wurde dort eine ganze, aus sieben Köpfen bestehende Familie, Vater, Mutter, Söhne und Töchter wegen Diebstahls und Hehlerei in Haft genommen. Die Töchter, welche als Verkäuferinnen in verschiedenen Geschäften in Wiesbaden, Mannheim, Frankfurt a. M. und Mainz beschäftigt sind, haben ihre Stellungen dazu benützt, ein ganzes Lager von Manufakturwaaren zusammen zu stehlen. Durch einen Zufall wurden die Diebstähle entdeckt. Der Werth des zusammengestohlenen Waarenlagers beträgt mehrere tausend Mark. — Eine eigenartige Trauung fand dieser Tage in Klein-Dombrowka in Oberschlesien statt. Ein Brautpaar, das zusammen die stattliche Anzahl von 144 Lenzen zählte — er war 79, sie 65 Jahre alt — hatte den Tag der Eheschließung schon bestimmt; doch als dieser herannahte, erkrankte der Bräutigam plötzlich und zwar so schwer, daß sein Ableben zu erwarten war. Um nicht als trauernde Braut ihr Leben beschließen zu müssen, setzte nun die 65jährige alles in Bewegung, damit die Trauung dennoch stattfinden konnte. Der Geistliche ließ sich auch dazu bewegen, am Krankenlager die Trauungszeremonie vorzunehmen, zugleich sah er sich aber auch genöthigt, dem sterbenden Bräutigam, der katholisch war, die letzte Oelung zu reichen. — In Hudas in Ungarn legte eine Zigeunerbande aus Rache, daß ihr der Aufenthalt nicht gestattet wurde, ein Feuer an, das rapide um sich griff. Das halbe Dorf ist eingeäschert, sechs Menschen, darunter ein 70jähriger Greis, sind verbrannt.

Der Fall Ziethen. Mit bewundernswerther Ausdauer hat, so liest man in Berliner Blättern, der verstorbene Barbier Ziethen es lange Jahre hindurch verstanden, die breite Oeffentlichkeit für seinen Fall zu interessiren. Neben Politikern waren in erster Linie Juristen an der Arbeit, den Fall aufzuklären, und zwar von Berlinern der bekannte Fritz Friedmann, ferner Wronker, Munckel und Sello. Im Landgerichtsgebäude zu Elberfeld füllen die Ziethen-Akten ein großes Regal, und wenn sie, wie das öfter vorgekommen ist, nach Berlin wanderten, dann wurde draußen in Moabit ein geräumiges, stets verschlossenes Zimmer für die Aufbewahrung frei gemacht. In den verschiedenen Ministerien existiren heute noch Ziethen-Akten von riesigem Umfang, so beim Ministerium des Innern, beim Justizministerium und selbst beim Auswärtigen Amt, das sich wiederholt mit der Sache beschäftigen mußte. Es dürfte interessant sein, bei dieser Gelegenheit festzustellen, daß zwei bekannte Herren aus dem Polizeipräsidium in Berlin, Herr v. Meerscheidt-Hüllessem und Herr v. Tausch, sich eingehend mit der Materie befaßten. Die eigentliche treibende Kraft bei allen diesen Vorgängen war, was die wenigsten wissen, der Bruder Ziethens, ein Berliner Gastwirth. Er hat nicht nur einen großen Theil seines Vermögens dafür geopfert, um seinem Bruder die Freiheit wiederzugeben, sondern sich der Sache in solchem Maße gewidmet, daß er seine eigenen geschäftlichen Interessen dabei ganz aus dem Auge verlor. Er drang förmlich in die Arbeitszimmer der Minister ein und setzte bei diesen Audienzen durch. Wiederholt schwebte das Damoklesschwert der Verhaftung über Ziethens Bruder, gegen den die Staatsanwaltschaft mehr als einmal den Vorwurf der Zeugenbeeinflussung erhob. Verschiedene Anzeichen deuten übrigens darauf hin, daß der Fall Ziethen vorläufig noch nicht von der Tagesordnung verschwinden wird.

Ein Prügelpolizist. Kürzlich erst hat die Strafkammer in Essen einen Polizeiwachtmeister aus Borbeck wegen Amtsvergehen zu einem Jahre Zuchthaus verurtheilen müssen, und am 4. August hatte sich vor demselben Gericht wieder ein Wachtmeister aus demselben Orte wegen desselben Vergehens — Anwendung von Gewaltmitteln zur Erpressung eines Geständnisses zu verantworten. Der Ordnungsmann Jansen heißt der Brave, hat einen wegen Diebstahlsverdacht Inhaftirten durch Schlagen mit einem Gummischlauch und durch Treten geständnißwillig machen wollen. Der Angeklagte räumte die Mißhandlungen auch ein; doch behauptete er, erst geschlagen zu haben, nachdem ihn der Inhaftirte — bedroht habe. Ein Fabrikdirektor als Leumundszeuge konnte über den Polizeimann nichts Günstiges aussagen. Der Staatsanwalt plädirte im Sinne der Anklage; sein Antrag lautete auf ein Jahr Zuchthaus. Das Gericht nahm aber nur Körperverletzung in Ausübung des Dienstes als vorliegend an und erkannte auf zehn Monate Gefängniß. Den Antrag des Staatsanwalts auf sofortige Verhaftung lehnte das Gericht ab. — Wieder ein Kandidat auf der — Begnadigungsliste!

Eine indirekte Bestätigung der Hunnenbriefe hat Niemand anders wie der Kriegsminister selbst geliefert. Der „Frankfurter Volksstimme" wird zu ihrem Hunnenbrief-Prozeß von einem militärischen Fachmann geschrieben: „Ihr Hunnenbrief-Prozeß wächst sich ja sehr interessant aus. Der Staatsanwalt gab bekanntlich zu, daß es dem Kriegsminister nur darauf ankomme, den Briefschreiber zu eruiren. Daraus aber geht hervor, daß Herr von Goßler eigentlich doch Zweifel haben muß, ob denn die Hunnenbriefe nicht am Ende doch der Wahrheit entsprechen. Wäre nämlich der Kriegsminister fest überzeugt, daß die Hunnenbriefe und daher auch der von der „Volksstimme" mitgetheilte nur Prahlereien seien, dann würde es gar keinen Sinn haben, nach dem Urheber zu forschen, wie wir sofort zeigen wollen. Schreibt ein Soldat einen Hunnenbrief nach Hause, in dem er lediglich geflunkert hat, so kann er, und mag er auch noch so blutrünstig gelogen haben, nicht gerichtlich, sondern nur disziplinarisch bestraft werden. Nun verjähren aber, um den üblichen Ausdruck zu gebrauchen, Verfehlungen von Militärpersonen, welche nur disziplinär geahndet werden können, schon nach drei Monaten, wie der § 44 der Disziplinarstrafordnung ausdrücklich bestimmt. Da aber seit der Absendung der Hunnenbriefe überhaupt und auch der von Ihnen veröffentlichten Epistel bedeutend mehr als drei Monate vergangen sind, so kann jetzt ein Hunnenkrieger auch für den gräßlichsten Brief nicht mehr bestraft werden, vorausgesetzt, daß der Inhalt erdichtet war. Hat also der Herr Kriegsminister wirklich die feste Ueberzeugung, daß die Hunnenbriefe nur Produkte der Phantasie sind, so ist es wirklich nicht einzusehen, weshalb er immer noch nach den Schreibern fahndet. Er kann ihnen ja doch kein Haar krümmen."

Die Verfahren zur Haltbarmachung von Nahrungsmitteln durch Anwendung von Kälte haben in neuester Zeit eine solche Entwickelung genommen, daß leicht verderbliche Waaren ohne Verluste von einem Erdtheil zum andern verschifft werden können. Wie die „Oesterr. Eisenbahn-Ztg." berichtet, sind für diese Zwecke besondere Dampfer erbaut worden, die einen großen Gefrierraum besitzen. Von den großen amerikanischen Seen gelangen ungeheuere Mengen von frischen Nahrungsmitteln, besonders Fleisch, auf diese Weise in die europäischen Häfen. Von Australien wieder werden große Massen von geschlachteten Kaninchen auf gleiche Weise nach Europa verschifft. Die Erhaltung ist eine so vollkommene, daß nur erfahrene Sachverständige den Unterschied zwischen einem frisch geschlachteten Thiere und einem im geschlachteten Zustande bereits mehrere hundert Meilen über's Meer versandten herausfinden können. Es sind nun in den Vereinigten Staaten von Nordamerika auch Wagen mit Gefriereinrichtungen erbaut worden und zwar zunächst auf Anregung der Blumenkohlzüchter von Long-Island für den weiten Versand von frischem Gemüse. Hierdurch wurde die Möglichkeit geboten, das Gemüse von der Ostküste Amerikas bis nach den Städten im äußersten Westen im frischen Zustande zu befördern. Vor drei Jahren bereits ist ein erster Versuch gemacht worden. Im Jahre 1900 bezifferten sich die mit Gefriereinrichtungen versehenen Güterwagen in Amerika bereits auf 130, von denen jeder etwa 44 000 Pfund Blumenkohl aufzunehmen vermag. Bei den niedrigen Tarifsätzen haben die Blumenkohlzüchter trotz des weiten Versands einen sehr bedeutenden Gewinn zu verzeichnen.

Bankhause bekannt war! Und daß sie sich nicht über den April hinaus der Heimath würde fernhalten lassen, war ja klar. Kehrte er heim, so konnte er Vorsorge treffen, vielleicht den Rath eines tüchtigen Anwalts einholen.

Nach Weihnachten reiste er ab. Auch der Augenblick des Abschieds führte die entfremdeten Gemüther nicht wieder zusammen, so freundlich, ja herzlich die Worte klangen. Mit trockenen Augen blickte sie ihm nach, als der Wagen aus dem Thor des Parkes rollte. „Auf fröhliches Wiedersehen!" rief er ihr noch zu — „Auf Wiedersehen," erwiderte sie freundlich und ließ ihr Tüchlein flattern. Daß es nicht fröhlich sein werde, sagte ihr das Herz.

Nun ward es noch stiller im Palazzino bei Porta San Michele. Nur der alte Jan, der zum Schutz der Frauen zurückgeblieben, ließ sich zuweilen im Städtchen sehen: Judith verließ nie die Umfriedung des Parks. Viele Zeit verwandte sie auf die Pflege des Kindes, las wohl auch in den Büchern, die ihr Agenor aus Innsbruck gesendet, aber manche Stunde saß sie stumm und regungslos da, in tiefes Brüten versunken, mit starrem, nach Innen gekehrtem Blick, daß die treue Hania ganz betrübt unherschlich und in ihrer Herzensangst immer neue Vorwände ersann, um so oft als möglich in den kleinen Salon zu treten. Das kluge Mädchen war erst auf der Reise, in Czernowitz, in Judiths Dienste getreten und wußte von ihrer Vorgeschichte nicht viel, von dem letzten, schlimmsten Unglück, das diese arme Seele heimgesucht, nur, daß sie des Vaters Tod betrauere, aber das Mitleid machte sie scharfsichtig. „Wenn der Graf wüßte, was ich weiß," dachte sie zuweilen grollend, „dann schriebe er häufiger!" Darin that sie ihm unrecht; er war nicht lässig und gab kurze Nachricht, so oft es die Hast der Reise, dann der Aufturm unerquicklicher Geschäfte und Erlebnisse nach der Heimkehr gestattete, aber auch die längsten, ja vielleicht sogar die liebevollsten Briefe hätten den Druck nicht verringert, der auf Judiths Gemüth lastete. Er schrieb, daß er manches zu ordnen vorgefunden und mit wenigen Verkehre; einmal fand sich auch die kurze Bemerkung, die Furcht vor den Gerichten sei wohl wirklich überflüssig gewesen, ein andermal die Nachricht, er höre, daß es Rafael gut gehe, er widme sich mit vielem Eifer und Erfolg der Leitung der Fabrik. Sie dankte ihm für jeden Brief herzlich und versicherte, es gehe ihr und dem Kinde wohl; auch sie schrieb kurz, keine Silbe von dem, was all' ihr Sinnen erfüllte. Wenn sie früher selbst geglaubt, in der Einsamkeit leichter mit sich fertig zu werden, so hatte sie diese Hoffnung betrogen; ihr stand im Wachen und im Traum nur immer ein Bild vor Augen: das Sterbelager des Vaters und wie sein letzter Hauch ein Fluch für seine Mörderin gewesen — immer, immer sah sie dies, auch wenn sie an der Wiege des Kindes saß. Und darum war es vielleicht gut für die Unglückliche, als eines Tages die Sorge um ihr Kind dringender an sie herantrat, als bisher; die Annunziata wurde krank, eine andre Amme ließ sich nicht sofort beschaffen; man mußte den Versuch machen, das kaum drei Monate alte Kind durch künstliche Nahrung aufzuziehen. Es gelang aber nicht ohne die größten Sorgen und Kümmernisse. Und nur in diesen peinvollen Tagen hatte sie jene andere, schlimmere Pein nicht empfunden . . .

Darüber war der Februar zu Ende gegangen; im Garten der Villa blühten nun die ersten Frühlingsblumen und die Lüfte wehten so warm wie drüben in der dürftigen Heimath, wo alle Gedanken des jungen Weibes weilten, kaum im Juni. Das Kind konnte nun wieder lange Stunden im Freien verbringen, auf der sonnigen Terrasse hinter dem Hause; die Annunziata, die nur noch seine Wärterin war, hielt es auf dem Schooße, Judith saß daneben und beugte sich zuweilen auf sein Händchen nieder, es zu küssen. Dann lächelte das Kind, welches die Mutter schon wohl kannte, und griff ihr mit den Händchen ins Gesicht, und in solchen Augenblicken fügte es sich wohl, daß auch über dies düstere, bleiche und verhärmte Antlitz der Schein eines Lächelns huschte.

So saßen sie auch eines Tages — es war zu Anfang März — auf der Terrasse beisammen, als Jan erschien und berichtete, im Flur stehe ein Bettelmönch, der den Herrn Grafen zu sprechen wünsche. Obwohl Annunziata kein Wort von seiner Meldung verstehen konnte, da er ja mit der Herrin in der Sprache der Heimath verkehrte, fügte er doch nur flüsternd hinzu: „Ein Bote aus Galizien, der uns kennt, auch unsern wirklichen Namen. Ich habe ihm schon gesagt: Der Graf ist verreist! aber er erwidert mir immer: Melde Sie mich! Mich wird er empfangen! Und geht nicht von der Stelle . . ."

„Bring' ihn her!" sagte Judith.

Der Mönch, ein gebückter Greis mit langem, weißen Bart, erschien. „Gelobt sei Jesus Christus," begann er und neigte sich tief. Und da Judith nicht einfiel, so fügte er selbst hinzu: „In Ewigkeit, Amen!"

„Sie wünschen meinen Gatten zu sprechen?" fragte Judith. „Er ist kurz vor Neujahr verreist, wann er wieder kommt, weiß ich nicht genau. Er ist auf seinen Gütern in Podolien."

„Gnädigste Frau Gräfin!" sagte der Greis mit zitternder Stimme, „ich muß ihn sprechen! Bitte, sagen Sie ihm . . ."

„Wenn Sie mir nicht glauben wollen," unterbrach sie Judith stolz und scharf, „so habe ich Ihnen nichts mehr zu sagen . . ."

Der Mann wich einen Schritt zurück. „Verzeihung," murmelte er. „Aber es wäre für mich so furchtbar . . ." „So furchtbar!" wiederholte er laut, mit so veränderter Stimme, daß ihn Judith befremdend anblickte. „Ich habe ja," fuhr er dann mit seiner schwachen, zitterigen Greisenstimme fort, „den ungeheuren Weg nur gemacht, um ihn zu sprechen . . ."

„Können Sie es nicht mir sagen?"

„Nein . . . Ganz unmöglich!" Aber er blieb auf der Stelle.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.